Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

16.12.1931 (Nr. 163)

Visual Library

BMZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Mittwoch, 16. Dezember 1931 • Nummer 163

Bremer Konsumverein Konkurs

Der Vorstand des Bremer Konsum- und Wirtschaftsvereins, Verbrauchergenossenschaft e. G. m. b. H. (früher Beamten-Wirtschaftsverein e. G. m. b. H., Bremen), hat am 15. Dezember einen Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt, dem stattgegeben worden ist.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp. Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Hitler antwortet Brüning

Nur „parteimäßige Gebundenheit" hat den Kanzler geleitet

TU. München, 16. Dez. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. veröffentlicht einen umfangreichen Auszug aus der Antwort Adolf Hitlers auf die Rundfunkrede des Reichskanzlers als Sondernummer des „Völkischen Beobachter".

Einleitend sagt Hitler, nur parteimäßig bedingte Erwägungen könnten der Anlaß gewesen sein, die nationalsozialistische Bewegung mit Vorwürfen zu überschütten, die ebenso ungerechtfertigt wie leicht widerlegbar seien. Gewiß könne die Regierung handeln, während die Opposition ihre Auffassung nur durch die Rede zur Geltung bringen könne. Der Kurs des heutigen Systems aber habe bis jetzt nicht den Regierungen Recht gegeben, sondern den kritischen Rednern. Wenn man demnach in den Reden der Opposition etwas Unerträgliches sehe, dann solle man ihr das Reden ersparen und ihr die Macht geben; denn sie sei jederzeit bereit, auch zu handeln.

Das heutige Reichskabinett, ja das System überhaupt, werde von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Nation abgelehnt. Nun sagt der Reichskanzler, die nationalsozialistische Bewegung sei kein legaler Verband und sie verfolge kein Programm der Wirklichkeit, sondern ein Programm der Illusionen. Hitler erklärt dazu, zunächst sei es unrichtig, daß nur er als Führer die Legalität der Partei betone, während seine Unterführer anderer Auffassung seien. Er befinde sich in dieser Frage mit allen seiner Führern und Parteigenossen in voller Uebereinstimmung, ausgenommen jenen Elementen, die als Spitzel-Provokateure in die Partei hineingeschoben würden. Es sei auch nicht richtig, daß die Unterführer einen sinnlosen Bruderkampf predigten.

Kommune gegen Polizei

Überfälle in Oppeln, Leipzig, Mainz, Hamburg und Bergedorf

Berlin, 16. Dez. Am Dienstag kam es in Oppeln, Leipzig, Mainz, Hamburg und Bergedorf, wie aus diesen Städten gemeldet wird, zu kommunistischen Demonstrationen.

In Oppeln wurden die Polizeibeamten von Demonstranten tätlich angegriffen. Die Beamten machten dabei vom Gummiknüppel Gebrauch. Unter den Festgenommenen befinden sich auffallend viele Frauen, die die Beamten geschlagen hatten. — Bei Demonstrationsversuchen in Leipzig wurden sechzehn Personen festgenommen. Größere Ausschreitungen fanden jedoch nicht statt. In Lindenau bei Leipzig wurde einem Polizisten von jungen Leuten die Pistole und Seitengewehr entrissen. Das Ueberfallkommando nahm die Täter fest. — In Mainz kam es besonders in der Altstadt zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei. Letztere nahm verschiedene Rädelsführer fest. — In Hamburg hatte die Polizei schon am Mittag größere Vorkehrungen gegen Demonstrationen getroffen. Ansammlungen wurden von Polizisten, die auf Schnellwagen, Motorrädern und Fahrrädern überraschend auftauchten, teilweise mit dem Gummiknüppel auseinander getrieben. An der Reeperbahn spitzte sich die Lage gegen 19 Uhr etwas zu. Bei energischem Eingreifen der Polizei beruhigte sich die Menge jedoch wieder. — In Bergedorf wurden Demonstrationen ebenso wie in dem benachbarten Lohbrügge im Keime erstickt.

In Berlin ist es zu irgendwelchen Ansammlungen nicht gekommen.

Waffen- u. Munitionsfunde bei Kommunisten

Anschläge gegen Geschäftsleute und wohlhabende Geschäftsleute geplant

Torgau, 15. Dez. Große Waffen- und Munitionsfunde wurden bei einer von der Ortspolizei in Gemeinschaft mit der Wittenberger Schutzpolizei und der Landjägereibehörde in Stadt und Kreis Torgau überraschend vorgenommenen Durchsuchungen gemacht. Bei vielen verdächtigen Personen wurden Haussuchungen vorgenommen. Zahlreiche Pistolen, Hieb- und Stichwaffen sowie Munition konnte beschlagnahmt werden. Man nimmt an, daß sich noch weitere Personen im Besitz von Waffen befinden und daß für die nächste Zeit Anschläge gegen Geschäftsleute und wohlhabende Bürger geplant waren. Wie TU. von zuständiger Stelle erfährt, handelt es sich bei den verdächtigen Personen um Angehörige der Kommunistischen Partei. Die polizeilichen Ermittelungen werden noch fortgesetzt.

Auftakt für Heilig-Abend-Krawalle?

Wilhelmshaven, 15. Dez. Vor dem jadestädtischen Arbeitsamt kam es im Laufe des Dienstag zu kommunistischen Demonstrationen. Die Teilnehmer, etwa 200 Personen, bestanden namentlich aus Erwerbslosen und Mitgliedern des kommunistischen Erwerbslosenausschusses. **Durch Sprechchöre protestierten sie gegen die Notverordnung und forderten zum Kampf gegen die Polizei auf, die versuchte, die Gruppen auseinanderzutreiben.** Die Kommunisten erhielten aber aus den umliegenden Straßen ständig Zuzug und versuchten dann, auf Wilhelmshavener Gebiet zu entkommen. Sie konnten jedoch von einem Ueberfallkommando der Polizei zurückgedrängt werden. Ein Teilnehmer wurde festgenommen. Die Kommunisten wollten dann zum Rüstringer Rathaus marschieren, wurden dort aber von zwei Ueberfallkommandos empfangen, die die Gruppen auflösten. Auch dort wurde eine Person festgenommen. **Die Rüstringer Polizei hatte für diesen Auftakt der für Heiligen Abend geplanten kommunistischen Krawalle ein Ueberfallkommando aus Oldenburg angefordert.**

Der Jude Rosenfeld in Bremen

Der richtige Verteidiger für das Reichsbanner

Wie nicht anders zu erwarten war, treten in dem Prozeß gegen Reichsbanner, SAP. und gegen die überfallenen SA.-Leute auch jüdische Rechtsanwälte auf, deren geistige und rassische Einstellung wir für besonders geeignet halten, das Reichsbanner zu verteidigen. Mit dem jüdischen Rechtsanwalt Dr. Abraham, der gleichfalls für diesen Prozeß vorgesehen war, hat man sich scheinbar im letzten Augenblick überworfen. Oder konnte man nicht die verlangten 350 Mk. Vorschuß sofort aufbringen? Jedenfalls erscheint Herr Dr. Abraham nicht und wir sind um eine besonders typische Erscheinung der jüdischen Rechtsanwaltschaft betrogen worden. Schade!

Um so mehr bemüht sich der jüdische Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld aus Berlin, den Schaden wieder gut zu machen. Noch hat er zwar nicht viel gesagt, aber was er sagt, hat einmal sofort den bisherigen sachlichen Verhandlungston gestört und zum anderen lassen seine Fragen deutlich erkennen, welch' üblen Verleumdungsfeldzug er gegen die SA. in seinem Plädoyer unternehmen will.

Der Jude Dr. Rosenfeld stellt sich nämlich die Sache so vor, daß Sturmbannführer Clausen nach der Totengedenkfeier — was weiß ein Jude von einer deutschen Totengedenkfeier — die ganze SA. zusammengerufen hat, um sie gegen das Volkshaus aufzuputschen und dann geschlossen mit ihnen nach dem Westen zu ziehen. Der Jude Rosenfeld nimmt selbstverständlich an, daß die SA. dann wie eine wilde Raubtierhorde über das arme Reichsbanner hergefallen sei und bei dieser furchtbaren Schlacht gräßliche Roheiten begangen habe.

Seine Fragen stellt er in so anzüglichem Ton, daß der Vorsitzende des Gerichts immer wieder eingreifen muß, um ihn in seine Schranken zurückzuweisen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß es einem Juden überhaupt vor einem deutschen Gericht gestattet ist, in Fragen deutschen Rechtsempfindens hineinzureden, und wir verweisen in diesem Zusammenhang auf ein interessantes juristisch-medizinisches Urteil. Ein deutscher Arzt verwies eine Patientin an einen anderen Nervenarzt, weil er selbst nicht in der Lage sei, hier zu helfen. Als die Patientin einen jüdischen Professor vorschlug, riet er ihr, zu einem deutschen Arzt zu gehen, da nur ein solcher ihre seelische Erkrankung heilen könne. Hieraus entstand ein Rechtsstreit, der durch sämtliche Instanzen des ärztlichen Ehrengerichts ging und dahin entschieden wurde, daß **in der Tat ein jüdischer Arzt nicht in der Lage sei, seelische Zustände eines deutschen Menschen richtig zu beurteilen.**

Was auf dem Gebiete der Medizin gilt, trifft in gleichem Umfang auch auf juristische Fragen zu. Wir sprechen Herrn Dr. Rosenfeld die Fähigkeit ab, sich über die seelischen Zusammenhänge einer deutschen Bewegung, über deutsche Begriffe, wie Führertum, Gefolgschaft, Kameradschaft u. a. m. ein richtiges Urteil zu bilden, denn im jüdischen Volk, das selbstverständlich auch seine Prinzipien hat, werden diese Begriffe anders bewertet und gedeutet. Aus dieser rassischen Einstellung heraus muß der Jude Dr. Rosenfeld zwangsläufig zu den gänzlich falschen Vorstellungen über die SA. allgemein und im besonderen über die Vorgänge am 9. November kommen. Aus diesen Gründen bestreiten wir auch Herrn Dr. Rosenfeld das Recht, über die SA. ein Werturteil abzugeben und wir verbitten uns mit aller Entschiedenheit seine unsachlichen und unwahren Unterstellungen. Es geht dem Juden Dr. Rosenfeld nichts an, wie stark die SA. ist und welche Tätigkeit sie ausübt. Es ist eine glatte Mißachtung des größten Teiles des deutschen Volkes, wenn der Jude Dr. Rosenfeld den Kampf der deutschen Freiheitsbewegung dahin auslegt, daß sie sich in Niederschlagen von Reichsbannerleuten erschöpft. Aber wir wollen Herrn Dr. Rosenfeld das nicht besonders übelnehmen, denn er kann sich eben auf Grund seiner rassischen Einstellung ein irgendwie zutreffendes Urteil über die deutsche Freiheitsbewegung nicht bilden, und wir haben volles Verständnis für seine Aufgabe, die gestern bereits zugegebenen Roheitsakte des Reichsbanners vor Gericht zu entschuldigen und zu rechtfertigen. Ob es ihm gelingt, ist eine zweite Frage.

—art.

Sächsisches Volksbegehren erfolgreich

Dresden, 16. Dez. Obwohl das amtliche Gesamtergebnis zum Volksbegehren auf Auflösung des Sächsischen Landtages, dessen Laufzeit am Dienstag ablief, erst für Mittwoch vormittag angekündigt wird, ist mit dem Erfolg des von den Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten unterstützten Volksbegehrens auf alle Fälle zu rechnen. Die für ganz Sachsen erforderlichen rund 351 000 Eintragungen wurden allein schon vom Wahlkreis Chemnitz-Zwickau mit einer Gesamteintragungszahl von rund 368 000 Stimmberechtigten überschritten.

Einigung zwischen Kanton und Nanking

Moskau, 16. Dez. Nach einer russischen Meldung aus Schanghai haben dort am Dienstag Verhandlungen zwischen der Kanton- und der Nanking-Regierung über die Bildung einer neuen Zentralregierung begonnen. Das Mitglied der Kanton-Regierung Sunfo, der in Schanghai eingetroffen ist, erklärte, daß es gelingen müsse die Einheit der beiden Regierungen wieder herzustellen.

Schließung preußischer Staatstheater?

Berlin, 16. Dez. Berliner Blätter veröffentlichen eine Meldung des Sozialdemokratischen Pressedienstes über die neue preußische Notverordnung. Darnach sieht die Notverordnung u. a. vor, daß sämtliche preußische Staatstheater in Berlin (mit Ausnahme des Opernhauses und des Staatlichen Schauspielhauses), Wiesbaden und Kassel geschlossen werden sollen. Wie das „Berliner Tageblatt" auf Anfrage erfährt, ist amtlich über diese Angelegenheit noch nichts verlautbart. Der Oberbürgermeister von Kassel werde heute im Kultusministerium verhandeln.

Kriegserklärung Gandhis

Rom, 15. Dez. Das „Giornale d'Italia" veröffentlicht eine Unterredung mit Mahatma Gandhi, der u. a. erklärte, die Londoner Konferenz habe den endgültigen Bruch der Beziehungen zwischen dem indischen Volk und der britischen Regierung bestätigt.

Ich kehre nach Indien zurück, um den Kampf gegen England wieder aufzunehmen, der dieselben Formen tragen wird wie früher, keine Gewalt, aber völligen passiven Widerstand. In einem gewaltsamen Kampf werde Indien immer unterliegen, in dem passiven Widerstand aber verfüge Indien über mächtige Kraftreserven. Es werde keine Steuern zahlen und in keiner Weise für England arbeiten, die britischen Behörden und ihre Politik vollkommen isolieren und alle englischen Waren boykottieren. Der Boykott wird wie früher nicht gegen Personen, sondern nur gegen die Politik, gegen die Behörden, gegen die Dinge gerichtet sein. Der Boykott wird gegen alle englischen Erzeugnisse gerichtet sein.

Er wolle die indischen Gebräuche vollkommen wieder herstellen und alles vernichten, was England der indischen Ueberlieferung auferlegt hat, begonnen mit den Kleidern. Der Boykott sei ein mächtiges Mittel zur Verschärfung der Krise.

*

London, 16. Jan. In politischen Kreisen haben die von Gandhi dem Chefredakteur des „Giornale d'Italia" abgegebenen Erklärungen **große Bestürzung** hervorgerufen. Man nimmt diese Drohung Gandhis, der anscheinend gewillt ist, die Boykottbewegung gegen englische Waren in Indien mit allen Kräften wieder aufleben zu lassen, als direkte Kriegserklärung gegen England auf.

Der indische Vizekönig hat eine Verordnung erlassen, die der Regierung der vereinigten Provinzen weitgehende Vollmachten erteilt zur Bekämpfung des Ungehorsamkeitsfeldzuges und der Steuerverweigerung und zwar durch Versammlungsüberwachung, Beschlagnahmung von Häusern und Gebäuden für militärische Zwecke, Ueberwachung der Transportmittel, Haussuchungen usw.

Kleinigkeiten aus dem kommunistischen Lager

1.

Nebenverdienst der Spitzenfunktionäre.

1200 Arbeiterzeitungen werden täglich in Bremerhaven verkauft. Der Zeitungskolporteur ist der Stadtverordnete Volker Patrikus. Er stellt zum Austragen dieser Zeitungen erwerbslose Genossen ein. Dieselben bekommen als Entschädigung ein Freiexemplar. Einkaufspreis für diese Zeitungen beträgt 12 Pfennig. Verkauft werden dieselben mit 15 Pfennig. Man sollte annehmen, daß nun dieser Verdienst von 3 Pfennig in die Parteikasse käme, und somit zum Wohle aller Parteigenossen verwendet würde, aber nein, Herr Volker-Patrikus braucht unbedingt eine Entschädigung für seine Bemühungen, die darin bestehen, daß er lediglich das Geld in Empfang nimmt, und zwar in seiner Wohnung. Außerdem bezieht er wie jeder andere Erwerbslosenfürsorge. Ein täglicher Verdienst von 36 RM. erwächst ihm mithin aus dem Zeitungsverkauf, monatlich gerechnet, ein kleines Gehalt von etwa 850 RM. Das dürfte für diese Arbeit eine ganz nette Entlohnung sein.

Aber das sind Hunderte, man rechnet auch nach Tausenden. — Von den Kampfbünden werden Stahlruten gebraucht. Sofort wittert der U.B.-Leiter Krohn einen Nebenverdienst, und übernimmt die Bestellung dieser Mordwaffen. Er zahlt für das Stück 50 Pfennig, und verkauft sie an die Genossen mit 2 RM. 3000 Stück wurden von ihm verkauft, sodaß in Summa 4500 RM. in seine Taschen flossen.

So etwas fällt des öfteren vor, und beweist nur den Idealismus dieser Arbeiterführer. Dies ist nur der Anfang, wir werden in der Folge mal etwas schärfere Luxen und grelleres Licht benutzen. — Der Leser wird sich wundern!

Kein **Weihnachtstisch** ohne gute

Beschäftigungs-, Gesellschaftsspiele

von

Carl H. Grothe, Ansgaritorstr. 17

Ein Herrenvolk als Bettler vor den Bankhäuslern der Erde!

Die „Empfehlungen" des beratenden Ausschusses

London, 15. Dez. Der Sonderkorrespondent der „Daily Mail" in Basel kann auf Grund besonderer Informationen aus zuständigen Kreisen die folgenden Andeutungen über den voraussichtlichen Inhalt der von dem beratenden Komitee zu machenden Empfehlungen geben:

1. Irgendwelche Empfehlungen für das Einstellen der geschützten und ungeschützten Reparationszahlungen auf unbestimmte Zeit sollen nicht in Frage kommen.

2. Der Bericht wird betonen, daß die gegenwärtige Zeitspanne der Depression kein Beweis für Deutschlands völlige Zahlungsunfähigkeit in der Zukunft sei. Es wird betont werden, daß Deutschland gegenüber wirtschaftlichen Verhältnissen besonders stark empfindlich ist und daß einem plötzlichen Fall ebenso schnell eine Erholung (!) folgen kann. Im Hinblick darauf scheine die Tatsache, daß Deutschland im Augenblick sehr große Schwierigkeiten habe, kein Beweis dafür, daß es nicht etwa in drei Jahren wieder blühen und hinreichend Gold für Reparationszahlungen besitze.

3. Der Bericht wird eingehend die „rücksichtslose Verschwendung", die in Deutschland von der Regierung betrieben worden sei, sowie die leichtsinnigen Methoden der Finanzierung von Handel und Industrie darlegen, so daß er in dieser Hinsicht den Deutschen wenig Angenehmes sagen werde.

4. Die Tatsache, daß Deutschland jetzt keine ungeschützten Zahlungen leisten könne, werde zugegeben werden. Es sei aber ziemlich sicher, daß eine neue Untersuchung der Lage Deutschlands und ihrer etwaigen Verbesserung nach zwei Jahren empfohlen werde.

5. Der Bericht wird nichts von ungeschützten Zahlungen erwähnen, weil diese Frage nicht unter die Zuständigkeit dieses Komitees falle.

6 Die Erklärung über die deutsche Finanzlage werde so klar sein, daß die Regierungen auf der zu erwartenden Konferenz zu dem Entschluß kommen müßten, daß ein zeitweiliges Moratorium für die ungeschützten Zahlungen gewährt werden müsse. In diesem Falle wird man möglicherweise Deutschland erlauben (!), Zuflucht zu derselben rechtlichen Möglichkeit zu nehmen wie beim Hoover-Moratorium, also Zahlungen in Höhe von 500 Millionen Mark an die BIZ. in Form einer Anleihe gegen Auslieferung von Eisenbahnbonds an Deutschland zurückzugeben. Aber es wäre erwünscht, daß Deutschland zwei knappe Jahre erhalte, auf die es ein Recht habe. Es scheine sicher, daß der Bericht vor Weihnachten fertiggestellt werde. Der englische Wirtschaftler Sir Walter Layton werde bei der textlichen Abfassung sehr stark beteiligt sein. Endlich meldet der Korrespondent, daß man auch in Basel Wert darauf lege, die Bank-zu-Bank-Schulden zuerst zu liquidieren. Doch werde dies wohl kaum Schwierigkeiten machen. Diese würden aber sehr groß sein bei den Anleihen auf Deutschlands Handel und Industrie. Möglicherweise müßten einige von ihnen abgeschrieben werden.

„Das niederträchtigste Pamphlet, das jemals eine Schmierhand hingesudelt hat"

Oberbürgermeister Dr. Jarres, Duisburg, hat an den Verlag der Wochenschrift „Das andere Deutschland" in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

„Ich erhalte die von Ihnen verbreitete Flugschrift „Wer war Schlageter?". Da Sie an die Zuschrift Einschreibe- und Rückscheingebühr verschwenden, nehme ich an, daß Sie mir dieses neue Produkt Ihres Verlages nicht nur deshalb zuschicken, weil mein Name darin mehrfach genannt ist, sondern auch deshalb, weil Sie ein Urteil von mir wünschen. Es sei Ihnen hiermit gegeben:

„Das Pamphlet ist das Niederträchtigste, was jemals eine Schmierhand hingesudelt hat.

Als am 26. Mai 1923 Albert Leo Schlageter unter den Kugeln der Franzosen auf der Golzheimer Heide geendet hatte, trat der französische Offizier, welcher das Exekutionskommando befehligte, an die Leiche heran und senkte tiefergriffen den Degen vor der sterblichen Hülle des Mannes, der hunderte Male sein Leben für sein Vaterland in die Schanze geschlagen hatte und als ein Held für sein Volk gestorben war. So ehrte ritterlich der Feind den Feind. Wenn der feige Geselle, der ohne Veranlassung und ohne seinen Namen zu nennen, heute das Andenken Schlageters zu beschmutzen versucht, ein Deutscher ist — ich kann das nicht glauben —, so hätte er verdient, daß ihm die Knochen im Leibe zerschlagen werden".

Der Antwort des Duisburger Oberbürgermeisters ist nichts hinzuzufügen. Sie entspricht voll und ganz dem Empfinden aller anständigen Deutschen. Leider ist nicht damit zu rechnen, daß dieses System den niederträchtigen Burschen, die hier die Ehre eines Helden zu besudeln wagen, das Handwerk legt. Das wird erst im kommenden Dritten Reich geschehen. Da soll ihnen werden, „was sie verdient haben!"

Italiens Luftflotte wächst

Von Dr. L. M. Matthai.

Eine der eindringlichsten Mahnungen des kürzlich verstorbenen Generals Douhet an seine italienischen Landsleute gipfelte in den Worten: „Widerstand gegen jede nutzlose Verstärkung der Land- und Seestreitkräfte, aber größtmögliche Verstärkung der Luftwaffe!" Auch der in der ganzen Welt durch seinen kühnen Geschwaderflug bekannt gewordene italienische Luftfahrtminister Balbo vertritt die Ansicht, daß die Luftwaffe im Zukunftskriege den entscheidenden Faktor darstellen wird. Für Italien trifft dies in besonderem Maße zu. Seine wichtigsten Wirtschaftszentren liegen fast ausnahmslos im Grenz- oder Küstengebiet. Man denke nur an Städte wie Genua, Venedig, Rom, Neapel, Catania, Mailand oder Florenz! Die Eisenbahnlinien von denen die Truppenbewegungen abhängen, laufen entlang der Küste. Unter diesen Verhältnissen würde es einer feindlichen Macht nicht schwer fallen, überraschend schnell sämtliche italienischen Wirtschafts- und Verkehrszentren bombardieren zu können. Im Bereich der Möglichkeit liegt vor allem ein von Korsika ausgeführter Luftangriff französischer Streitkräfte.

Dieser ständigen Gefahr ist sich die italienische Oeffentlichkeit bewußt. Die Nation hat deshalb auch Verständnis für alle Bestrebungen, die auf beschleunigte Verstärkung der eigenen Luftwaffe abzielen, und fördert sie nach Kräften. Man kann heute sogar ohne Uebertreibung behaupten, daß diese mit rein nationalen Mitteln geschaffene Luftwaffe sich einer besonderen Volkstümlichkeit erfreut; gilt sie doch als sichtbares Zeichen des faschistischen Aufstiegwillens! Für den heutigen Italiener ist der Krieg als Ganzes ein natürlicher Streit der Völker um wirtschaftliche Belange, als Zweck die Zerstörung der Gesamtkraft des Gegners. Daher muß ein lebenstüchtiges Volk als Ganzens sein kriegerisches Können entfalten. Die Grundlagen dieses kriegerischen Könnens sind: die Verwendung des Volksvermögens zum Aufbau einer starken Rüstungsindustrie, ein einfaches und sicheres Verkehrswesen, Reserven an Material und Lebensmitteln zur Unabhängigkeit vom Ausland und die Lebenskraft der Rasse, auf der die körperliche und sittliche Leistungsfähigkeit eines Volkes beruht.

Wie stark ist gegenwärtig die italienische Luftflotte? Minister Italo Balbo bezifferte sie für Anfang 1932 auf 865 Bombenflugzeuge, 1250 Jagd- und 682 Aufklärungsflugzeuge, insgesamt also auf 2797 Frontflugzeuge! Genügend, wie er sagte, „um den Himmel und die Erde des Vaterlandes gegen jede, auch die verwegenste Drohung und den mächtigsten Angriff des waghalsigsten Feindes immer sicher zu verteidigen." Italiens Ausgaben für den Ausbau seiner Luftstreitkräfte übertrafen in den letzten Jahren sogar die der Vereinigten Staaten. Sämtliche Luftstreitkräfte verteilen sich heute auf die fünf Luftzonenkommandos in Mailand, Parma, Rom, Palermo und Cagliari. Es bestehen insgesamt 13 Luftregimenter, und zwar 2 Jagd-, 1 Tagbomben-, 2 gemischte Bomben-, 1 Nachtbomben-, 2 Seeflieger-, 3 Beobachtungs- und 2 Erkundungs-Luftregimenter, ferner 1 selbständige Jagdfluggruppe. Das Luftschiffregiment gliedert sich in 3 Fliegertruppen mit zusammen 6 Militärluftschiffen des halb- und ganzstarren Systems. Vorhanden sind 4 Fliegerschulen, 47 Militärflugplätze, zahlreiche Flugmaterial-lager: in Malpensa für Beobachtungs-, in Parma für Bombardierung-, in Sesto Calinde für Marine- und in Chedi für Jagd- und Erkundungsflugzeuge. Aehnliche Anstalten für die Militärluftschiffe gibt es in Treviso, Udine und Neapel, Lager in Schio, Rimini, Palermo und Maltpiegbi. Im übrigen ist gemäß dem im vorigen Jahr vom Ministerrat gefaßten Beschluß die Einrichtung von Sizilien und Sardinien als besondere Militärflugbasis vorgesehen.

Weisungsgemäß hat die italienische Luftwaffe die Operationen der anderen Truppenteile zu unterstützen, daneben aber auch von der übrigen Kriegführung abweichende Sonderziele zu verfolgen. Das erhellt unter anBis Ende dieses Jahres sind 9 selbständige Luftregimenter mit 26 Luftgruppen, 78 Flugstaffeln und zusammen 850 Flugzeugen aufgestellt; bei den Heeresluftstreitkräften 6 Luftregimenter aller Arten mit 19 Luftgruppen, 57 Flugstaffeln und insgesamt 627 Flugzeugen, 1 Ballonregiment mit 2 Ballongruppen und zusammen 16 Militärluftballons. Für die Marineluftstreitkräfte 4 Luftregimenter mit 9 Seeluftgruppen, 35 Marineflugzeugstaffeln und insgesamt 385 Wasserflugzeugen, 1 Luftschiffregiment mit 2 Luftschiffgruppen, 6 Luftschiff-Flugstaffeln und insgesamt 9 Marineluftschiffen, für die Kolonialstreitkräfte 3 Luftgruppen mit 12 Flugstaffeln und 132 Flugzeugen. Zur Zeit dienen bei der italienischen Luftwaffe insgesamt 51 326 Mann in der Heimat und 775 Mann in den Kolonien. Darunter ein Stamm von 3600 kriegstüchtig ausgebildeten Feldpiloten!

Um das ganze Volk auf einen Kriegsfall vorzubereiten, ist vorgesehen, die nicht waffenfähigen Männer, Frauen und Kinder mit dem Signal- und Horchdienst vertraut zu machen. Es bestehen Vorbereitungslehrgänge verschiedenster Art. Großer Wert wird vor allem auf die Ausbildung der Flugschüler gelegt. Vom Luftschiff bis zur Gasrakete stellt man alles in den Dienst der Luftabwehr- beziehungsweise Luftangriffstechnik. Die riesige Organisation klappt vorzüglich. Das bewiesen erst die diesjährigen großen Luftmanöver in Italien, an denen nicht weniger als 1000 Flugzeuge teilnahmen, ohne daß sich ein Unfall dabei ereignete. Zugleich aber bezeugten sie auch, daß selbst die Luftstreitkräfte noch nicht ausreichen, um Italien gegen plötzlich ausgeführte Angriffe feindlicher Flugzeuggeschwader zu schützen. Der Faschismus baut indessen am meisten auf die nationale Hingabe und Begeisterungsfähigkeit der Massen, insbesondere auf die seiner Jugend, der — wie er glaubt — eine stolze, ruhmvolle Zukunft gehört.

Kleine Chronik

Braunschweiger Studentenschaft streikt.

Braunschweig, 14. Dezbr. Kürzlich hatte der bulgarische Student Stojanoff die deutschen Studentinnen beleidigt und im Fortgang der Dinge einen Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden der Studentenschaft an der Technischen Hochschule gehabt, der ihn wegen seines ungebührlichen Auftretens zur Rede stellte und den er dann einen „Sauboches" nannte. Da der Rektor der Forderung der Studentenschaft, den bulgarischen Studenten von der Hochschule zu entfernen, nicht nachgekommen ist, ist nunmehr die Braunschweiger Studentenschaft in den Proteststreik getreten.

Rundfunkansprache des Reichspräsidenten

Berlin, 15. Dez. Wie TU. erfährt, wird Reichspräsident von Hindenburg voraussichtlich am Silvesterabend eine Rundfunkansprache an das deutsche Volk richten.

13 Nationen bezahlten die heute fälligen Schulden nicht.

13 Staaten haben die am Dienstag fälligen Schuldenrückzahlungen im Gesamtbetrag von 117 Millionen Dollar nicht geleistet. Vom Staatsdepartement wird diese Versäumnis angesichts der Verzögerung der Annahme des Hoover-Planes durch den Kongreß nicht kritisiert. Von den Gegnern des Moratoriums wird in der Nichtzahlung der erste Schritt zur Streichung der Schulden gesehen.

Kreuzer „Karlsruhe" am 18. Dezember in Teneriffa.

Berlin, 15. Dez. Der Kreuzer „Karlsruhe" hat den spanischen Hafen Pontevedra am Montag verlassen und wird am 18. Dezember in Teneriffa einlaufen.

Straßenschlacht in Portugal

Lissabon, 15. Dez. In Evora kam es am Montag bei der Eröffnungssitzung einer Ortsgruppe der „Liga des 28. Mai" zu einer Gegenkundgebung, die in eine große Schießerei ausartete. Erst das Eingreifen der Polizei machte der Straßenschlacht ein Ende, bei der **drei Personen getötet und mehrere andere verletzt wurden.** Der Direktor der Liga, der bekannte portugiesische Journalist Dr. Siva Diaz, wurde in dem Augenblick erschossen, als er in sein Automobil steigen wollte. Die portugiesische Regierung hat den Zivilgouverneur und den Polizeipräfekten von Evora ihrer Aemter enthoben.

Der neue chinesische Präsident ernannt

Moskau (über Kowno), 15. Dez. Nach einer Meldung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion hat die chinesische Regierung den Vorsitzenden des gesetzgebenden Parlaments, Liwen, zum Vorsitzenden der chinesischen Nationalregierung als Nachfolger Tschiangkeischeks ernannt.

Rücktrittsgesuch des Präsidenten von China.

Moskau, 14. Dezbr. Nach einer Meldung aus Schanghai hat Präsident Tschiangkaischek der chinesischen Regierung am Sonntag sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Zur Begründung erklärt er, die Unzufriedenheit über seine Tätigkeit sei in der letzten Zeit so stark gewachsen, daß er nach seiner Auffassung nicht mehr das Vertrauen der Parteien und der Kuomintang besitze. Das Rücktrittsgesuch ist bisher noch nicht genehmigt worden. Im Falle der Genehmigung soll General Huhanmin zum vorläufigen Präsidenten ernannt werden.

Haussuchung beim Archivar der Reichstagsfraktion der NSDAP

Vor ein paar Tagen erschienen in der Wohnung des Archivars der Reichstagsfraktion der NSDAP, **Dr. Fischer** zwei Beamte der Abteilung 1A des Berliner Polizeipräsidiums, um eine Durchsuchung nach Waffen und illegalen Schriften (!) vorzunehmen. Selbstverständlich waren die Beamten nicht in der Lage, einen schriftlichen Befehl vorzuzeigen.

Grund zu ihrem Vorgehen

war die Anzeige eines Tierarztes gewesen, eines schwer pathologischen Menschen, der schon in einer Irrenanstalt untergebracht war und der Beziehungen zu den verschiedensten Parteien unterhält, ganz besonders innige natürlich zur SPD.

Diesen famosen Herrn, der ebenfalls wie Dr. Fischer im Berliner Ledigenheim am Brunnenplatz wohnt, mußte der Archivar eines Tages etwas unsanft aus seiner Wohnung entfernen. Der Tierarzt soll dabei mit einem **Totschläger** (!) bedroht worden sein. Leider war dieser Totschläger lediglich **eine schwarze Papprolle, in der Dr. Fischer sein Doktordiplom verwahrt!**

Nunmehr setzte besagter Tierarzt, welcher überall, auch bei den Behörden als Querulant bekannt ist, alles in Bewegung, um dem verhaßten Nazi zu schaden. Seine Wohnung in dem der Stadt Berlin gehörigen Ledigenheim, wo Dr. Fischer bereits über 11 Jahre wohnt, wurde ihm seitens des zuständigen **sozialdemokratischen** Stadtrats unter nichtigen Vorwänden gekündigt. Verleumderische Briefe bei der Parteileitung sollten ihn um seine Stellung bringen, eine Anzeige ihm die Polizei auf den Hals hetzen.

Das örtliche Polizei-Revier hatte in Kenntnis der geistigen Eigenschaften des Tierarztes eine Haussuchung abgelehnt und im Bericht an das Polizeipräsidium darauf hingewiesen, daß die Aussagen des Anzeigenden **mit Vorsicht** zu genießen wären. **Trotzdem** ließ die Politische Polizei auf die Aussagen eines Menschen, der den § 51 haben „soll", eine Haussuchung vornehmen.

Da die NSDAP. streng legal ist und infolgedessen auch keine illegalen Schriften herstellt oder verbreitet, konnte Dr. Fischer **solche** auch nicht besitzen. Wohl aber wurde ein **Stahlhelm**, den man wohl kaum als Waffe ansprechen kann, **beschlagnahmt.** Dieses staatsgefährliche Werkzeug stammt noch aus der Zeit des Kapp-Putsches, wo Dr. Fischer als Zeitfreiwilliger der verfassungsmäßigen Regierung Ebert zusammen mit den „reaktionären" Offizieren und Studenten gegen die Spartakisten verteidigen half! Ferner konnten die Kriminalbeamten **eine Pistole** und einen **Gummiknüppel** mit Beschlag belegen. **Also ein reguläres Waffenlager.**

Selbstverständlich ist es nach den bestehenden waffenrechtlichen Bestimmungen jedem Staatsbürger gestattet, **in seiner Wohnung** Waffen zu seinem Schutze zu haben, so daß der Behausuchte sich weder eines Verstoßes gegen die Gesetze noch gegen die parteiamtlichen Vorschriften schuldig gemacht hat.

Nachdem die Beamten noch sehr eingehend **das Bilderwerk „Hitler"** studiert hatten, zogen sie mit ihrer reichen Beute von dannen.

Das Braunhemd im Braunschweiger Landtag

Anfrage des Reichsinnenministers an die braunschweigische Regierung

Die nationalsozialistischen Abgeordneten sind in der Montag-Sitzung des Braunschweiger Landtages in braunen Uniformen erschienen. Reichsinnenminister Groener hat daraufhin durch den braunschweigischen Gesandten in Berlin, Dr. Boden, bei der braunschweigischen Staatsregierung Erkundigungen darüber einziehen lassen. Dem Reichsinnenminister ist darauf von der braunschweigischen Staatsregierung geantwortet worden, daß das Hausrecht und die Polizeigewalt im braunschweigischen Landtagsgebäude dem Landtagspräsidenten zustehe.

Volksbegehren in Oldenburg nicht vor 6. Januar

Oldenburg, 16. Dez. Bekanntlich sollte das Volksbegehren in Oldenburg bereits am Dienstag seinen Anfang nehmen. Mit Rücksicht auf das Versammlungsverbot, das durch den Weihnachtsfrieden der Notverordnung bis Anfang Januar andauert, wird das Volksbegehren wahrscheinlich erst am 6. Januar beginnen.

Dr. Frick fragt an

Der verhinderte Rundfunkvortrag

Dr. Frick, der Führer der nat.-soz. Reichstagsfraktion, hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet:

Die Reichsregierung hat am 11. Dezember 1931 eine mit der Hearst-Presse vereinbarte Ansprache Adolf Hitlers im amerikanischen Rundfunk über die Weltgefahren des Bolschewismus und des französischen Imperialismus untersagt, weil die Benutzung des Kabels dem Monopolvertrag der Reichsrundfunkgesellschaft widersprochen hätte und außerdem die Ansprache den Bestimmungen der Notverordnung über den Weihnachts-Burgfrieden zuwiderlaufe.

Wir fragen die Reichsregierung: Wie lauten die bezüglichen Vertrags- und Notverordnungsbestimmungen, die durch die Ansprache verletzt worden wären. Inwiefern wären sie verletzt worden?

Wäre ein gleiches Verbot auch ergangen, wenn etwa Herr Breitscheid oder ein anderer Systemträger die Ansprache gehalten hätte? gez.: **Frick.**

Gegen Warenhäuser!

Heute abend trotz Notverordnung große öffentliche Versammlung der bremischen Angestellten gegen die Warenhäuser. Gegen die Hungertarifgehälter der Warenhäuser haben DHV. und VwA. für heute abend, 8,45 Uhr, im Museum eine öffentliche Angestelltenversammlung einberufen. (Siehe die gestrige Anzeige.) Die Versammlung ist polizeilich genehmigt. Es sprechen Geschäftsführer Nielson, Fräulein Haase und Gauvorsteher Stolt, Hannover. Freie Aussprache. Alle kampfbereiten Angestellten erscheinen.

Neue Kämpfe bei Tsitsikar

Moskau (über Kowno), 15. Dez. Nach einer russischen Meldung aus Peking haben am Montag, 87 Kilometer nördlich von Tsitsikar, neue Kämpfe zwischen Truppen des Generals Ma und Japanern begonnen. Das Hauptquartier Mas, Chailun, wurde von Flugzeugen bombardiert. Die Japaner warfen die Chinesen zurück und erbeuteten große Mengen von Waffen. Ueber 80 Chinesen sind gefallen.

Tagung des Weser-Ems-Wasserstraßenbeirats in Bremen 15. u. 16. Dezember

Die staatliche Pressestelle teilt mit: Die 2. Vollsitzung des Weser-Ems-Wasserstraßenbeirats fand heute nachmittag unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Gährs im Sitzungssaal der Bürgerschaft statt. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzers wurde der Beirat im Namen des Senats von Herrn Senator Apelt in Bremen willkommen geheißen. Senator Apelt wies darauf hin, daß die heutige Sitzung des Beirats unter dem besonderen Zeichen der Notverordnung stehe, die in einer neuartigen Weise die Grundlagen für die Selbstbehauptung des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Krise sicherzustellen versucht habe. Aufgabe des Beirats werde es daher sein, auch seinerseits an der Verwirklichung der Ziele der Notverordnung mitzuarbeiten. Ministerialdirektor Gährs sprach den Dank des Beirats für diese Worte aus und wies auf die Bedeutung Bremens als Tagungsort mit Rücksicht auf den von Bremen gebildeten Schnittpunkt zwischen Binnenschiffahrt und Seeschiffahrt hin. Sodann wurde dem Direktor Barkemeyer zu seinem heutigen 70. Geburtstage ein Glückwunschtelegramm übermittelt.

Herr Ministerialrat Weidner berichtete ausführlich über das Ergebnis der Vor- und Entwurfsarbeiten für die Kanalisierung der Werra von Münden aufwärts. Durch diese Kanalisierung würde die Weserschiffahrtsstraße um rund 100 Kilometer nach Süden verlängert werden. Dadurch würde also das westthüringische Gebiet mit der gerade für Bremen als Exporthafen wichtigen Kaliindustrie mit dem westdeutschen Stromnetz verbunden werden.

Im Anschluß daran berichtete Regierungsrat Lohse über die umfangreichen Entwurfsarbeiten für den Hansakanal, die kürzlich abgeschlossen wurden und zu der Aufstellung eines technischen und eines wirtschaftlichen Planes führten. Der Bericht ergab hinsichtlich der Rentabilität, daß sich 10 Jahre nach Fertigstellung ein Gesamtverkehr von rund 14 Millionen Ts. ergeben würde. Die Einnahmen aus diesem Verkehr würden eine Verzinsung von fest 6 v. H. darstellen nach Abzug der Betriebs- und Unterhaltskosten.

Weitere Berichte betrafen den zur Zeit in Gang befindlichen Umbau des Dörverdener Wehrs, sowie das Schleppmonopol, über dessen finanzielles Ergebnis ein eingehender Rechenschaftsbericht erstattet wurde. Aus diesem Bericht interessierte, daß die Zahl der Schleppkähne von 1925 bis 1930 von rund 41 000 auf rund 54 000 angewachsen ist, wobei auf Selbstfahrer 1930 ein Anteil von 11,5 Prozent gegenüber 2,4 v. H. 1925 entfällt. Das Ergebnis des Jahres 1930/31 ist dadurch begünstigt worden, daß die Schiffahrt in diesem Jahre über 12 volle Schiffahrtsmonate verfügen konnte.

Im Zeichen der Notverordnung standen dann die weiteren Ausführungen des Ministerialrats Böhm vom Reichsverkehrsministerium über die Senkung der Schiffahrtsabgabe und der Schleppkähne als Folge der Preissenkungsaktion der Reichsregierung. Die Maßnahmen auf dem Gebiete der Binnenschiffahrt mußten sich zwangsläufig an die Maßnahmen der Reichsbahn anschließen, d. h. der gesenkte Tarif mußte mit dem 16. Dezember in Kraft treten und mußte sich im Rahmen einer 10-prozentigen Senkung der Gesamteinnahmen halten. Ueber die sich dadurch bei den Schlepplöhnen ergebende Senkung von rund 500 000 RM. ist das Reichsverkehrsministerium zu Gunsten der Schiffahrt noch um 32 000 RM. hinausgegangen. — Die Senkung der Schiffahrtsabgabe auf den westdeutschen Kanälen ergibt den Betrag von 700 000 RM.

Der Beirat erklärte sich mit den Senkungsmaßnahmen der beiden Tarife einverstanden.

Aus Bremen Stadt und Staat

Die Post in Erwartung des Weihnachts-Paketverkehrs. Um den gesteigerten Anforderungen des Weihnachts-Paketverkehrs gerecht zu werden, hat die Post, gestützt auf die Erfahrungen der früheren Jahre, umfassende Vorkehrungen getroffen, die eine schnelle und pünktliche Zuführung der Sendungen in die Hand des Empfängers erwarten lassen. Die Annahmeschalter werden dem Bedürfnis entsprechend vermehrt, neben den bestehenden Postverbindungen sind zahlreiche außergewöhnliche Beförderungsgelegenheiten auf der Bahn und auf Landwegen vorgesehen. Soweit die Pakete vom Empfänger nicht abgeholt werden, erfolgt ihre Zustellung unter Vermehrung der Betriebsmittel und der Zustellkräfte ohne besondere Kosten mit der gewohnten Pünktlichkeit. Wer seine Pakete rechtzeitig bei der Post aufliefert, kann sicher sein, daß sie zu der gewünschten Zeit den Empfänger erreichen. Wer verhindert ist, seine Pakete persönlich bei der Post aufzuliefern, oder sich den Weg zum Postamt sparen will, gebe sie dem Paketzusteller mit. Das kann überall geschehen, wo die Paketzustellung mit Fuhrwerk ausgeführt wird. Die Gebühr für die Mitnahme beträgt 20 Rpf. für ein Paket.

Vergeßt zur Weihnachtszeit über eigener Not nicht unsere nationalen Gefangenen und ihrer des Ernährers beraubten nunmehr schwerster Wirtschaftsnot ausgesetzten Familien.

Werdet **Mitglied** der **„Nationalen Nothilfe"**, Berlin W 9, Potsdamerstraße 134 A, und sendet Euren Mitgliedsbeitrag **sofort** auf das Postscheckkonto: Berlin 75 500.

Reichsbund der Zivildienstberechtigten (E. V.), Landesverband Bremen. Freitag, den 18. Dezember, 20,15 Uhr, findet in der Kaiserhalle die Dezember-Monatsversammlung statt. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller abkömmlichen Kameraden dringend erforderlich.

Gutschein-Abonnement im Stadttheater. Die Intendanz des Stadttheaters hat der Zeit entsprechend zur Verbilligung des Theaterbesuches ein Gutschein-Abonnement aufgelegt, nach dem entweder 10 Vorstellungen (4 Opern, 3 Operetten, 3 Schauspiele) oder 5 Vorstellungen (2 Opern, 1 Operette, 2 Schauspiele) abonniert werden können. Die Abonnenten dieser Gutscheinhefte können sich Plätze und Vorstellung frei wählen. Diese Gutscheinhefte sind außerordentlich billig und eignen sich besonders zu Geschenkzwecken. Die Ausgabe dieser Gutscheinhefte beginnt heute Mittwoch von 9 Uhr ab im Abonnementsbüro des Stadttheaters.

„Hänsel und Gretel", Humperdincks entzückende Märchenoper, mit der trostlosen Besenbinder-Familie, dem holden Engelstraum der beiden Kinder und des wechselvollen, traurigen und heiteren Erlebnis bei der Knusperhexe wird am Freitag und Sonntag im Stadttheater unter Karl Dammer und Jan Heythekker neu herauskommen. In den Hauptpartien die Damen Bremer, Mühlbach (Hänsel und Gretel), Blume, Pense und Philipp Kraus. — Anschließend findet eine Aufführung des entzückenden Balletts die „Puppenfee" in neuer Bearbeitung und Einstudierung durch die Ballettmeisterin Lore Jentsch statt.



Schirme - Stockschirme
Taschenschirme - Stöcke
in ganz hervorragender Auswahl!
Sögestraße 47

„Verklingende Zeiten?"

Das Baltenbuch von Adalbert Volck.

Erschienen im Hammerverlag, Leipzig.

Steif kart. 4.50 RM.

Unaufhaltsam schreitet seit 12 Jahren die Scheidung der Geister fort, um die endgültige Auseinandersetzung zwischen ehrloser Knechtsgesinnung und Heldentum vorzubereiten. Krämer, Pazifisten und Versöhnler, die mit krummem Rücken allen Feinden des Deutschtums die schmutzigen Stiefel putzen möchten, sollen wieder von denen zum Schweigen gebracht werden, denen Ehre, Volk und Rasse mehr gelten als Schiebergeschäfte und selbstsüchtige Würdelosigkeit. So ist auch unter den Balten der gleiche Kampf wie im Reich entbrannt. Das Altbaltentum der Vorkriegszeit wußte die Schwächlinge niederzuhalten, das Neubaltentum hingegen veranstaltet Umzüge unter der lettischen Fahne und singt dabei die Hymne des jetzt herrschenden Feindvolkes, das die Deutschen, auf welche alle Kultur im Lande zurückgeht, rechtlos gemacht und ausgeraubt hat. Auch in den baltischen Staaten nennt man das „Verständigungspolitik".

Dieses undeutsche Treiben wird durch Volcks Buch, das alle Altbalten mit Begeisterung begrüßt haben, bewußt gestört. Nicht „Versöhnung" und „Verständigung" gilt es mit den lettischen und estischen Strauchdieben, sondern Stärkung des Willens zu Kampf und Abwehr, bis ein deutscher Staat einst seine unverjährbaren Rechte auf den Raum bis zum Peipussee anmelden und über die augenblicklichen Zwergstaaten des Ostens zur Tagesordnung übergehen kann.

Volck, der als herrischer Selbstschutzführer aus der russischen Revolution von 1905 bis 1906, ferner durch seine 1915 unternommene kühne Flucht nach Deutschland, sowie seine politische Tätigkeit und Bücher bei uns im Reich längst bekannt ist, führt uns zunächst in die baltische Vorkriegswelt und setzt seiner stolzen Heimat ein Denkmal von bleibendem kulturgeschichtlichem Wert. Siebenhundert Jahre hat sich bis zum Weltkrieg vor den Toren unseres Reiches eine deutsche Herrenschicht bewußt erhalten! Ein Menschenschlag, einzig in edler Art, seinem Wirken, seinen Erfolgen. Wer sich nach Größe sehnt, muß von diesen „Verklingenden Zeiten?" lesen, in denen sich der Genius eines erlesenen Krieger- und Siedlertums offenbart. Immer waren diese Männer und Frauen beispielgebend im „Kampf ums Recht, dem selbstverständlichen, ehrenamtlichen Aufgehen in der Erfüllung freiwillig übernommener Rechte und Pflichten in der deutschen Diaspora unter Verzicht auf Ruhe und Vorteil." Sie blieben sich selbst treu, darum setzten sie sich durch. Daß Bildung und Besitz in den Händen der Besten waren, die stets zu opfern wußten, war eine Ursache für die Unüberwindlichkeit der Balten.

Einen breiten Raum nimmt bei Volck natürlich die Schilderung jener Verhältnisse ein, wie sie zur letzten Friedenszeit bestanden. Für alle Balten eine herzerquickende Erinnerung, doch auch für Reichsdeutsche lesenswert. Wir erfahren da vom „Domgraben zu Dorpat, in dem maßgebende Familien, stillschweigend anerkannt, über deutsche Lebensführung und das Wohlgeraten des Nachwuchses wachten. Markante Gestalten fesseln uns, wie „Tante Bertha", „der Papst", „der alte Volck", „der alte Anrep", „der Dsaf", „das eiserne Pferd". Wir bewundern die außerordentliche Zahl von Originalen, Charakteren und hochgeistigen Männern. In den achtziger Jahren allein lehrten über 30 Balten an den Hochschulen des Mutterlandes.

Man erfasse die stolze Bedeutung der Warnung des Senator Lebedjew unter Nikolai 1.: **„Das Verschwinden der deutschen (sc. baltischen) Partei wird das deutliche Anzeichen für das Verschwinden der zaristischen Selbstherrschaft sein".**

Und doch schlich sich zuletzt Zersetzung ein. Mammonismus, Verständigung fraßen um sich. Was der Verfasser hier über unerschütterliche Voraussetzung deutschen Gedeihens sagt, wird sich unser Volk als ewige Wahrheit merken müssen, wenn es noch eine Zukunft haben will.

Ostpolitische und geschichtliche Darlegungen bereichern den Leser und stimmen ihn gegenüber verbreiteten Anschauungen nachdenklich.

So zeigt das Buch unwiderleglich, daß unser Volk eine führende Schicht zu erzeugen vermag, die derjenigen Englands sogar überlegen sein kann und sich gegen jede Uebermacht zu behaupten imstande ist, solange sie unerbittlich kämpft.

Würden die Neubalten jetzt endgültig siegen, so wäre das der Untergang des Deutschtums von Libau bis Dorpat. Schon sind die Mischehen geradezu beängstigend angewachsen! Doch Gesinnung steckt an, und Gesinnung will Volck vor allem wecken, um die nationale Knochenerweichung in seiner Heimat zu besiegen, und den Verzichtlern das unsaubere Werk zu zertrümmern. In dieser Hinsicht geht das Buch nicht nur alle Auslandsdeutschen, sondern überhaupt jeden Streiter für unser erwachendes Volk an. Möge daher seine Bedeutung für den völkischen Kampf erkannt werden und ihm eine weite Verbreitung beschieden sein!

Weihnachtsgeschenke

in Kristall, Porzellan, Haus- u. Küchengeräte

Vor dem Steintor 98-102

bei

Geschwister Luperti

Amtliche Bekanntmachungen

Unter dem Viehbestande des Gehöfts Timmerloh, Landstr. 19, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Gehöft ist gesperrt. Sperrgebiet bildet das Gehöft Nr. 21 an der Timmersloher Landstraße.

Die Polizeidirektion.

15. 12. 1931.

Unter dem Viehbestande des Gehöfts Oberblockland Nr 11 ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Gehöft liegt bereits im Sperrgebiet.

Die Polizeidirektion.

15. 12. 1931

Der **Fleischmehlfabrik übergeben:** drei Schnauzerhunde, eine Vorderhündin ohne Hundezeichen. Meldung innerhalb 24 Stunden in der Fleischmehlfabrik, Findorff-Allee, sonst wird über die Tiere verfügt.

Polizeidirektion.

Die **Pflasterarbeiten** zur **Neuanlage** der **Riegenstraße** von Glückburgerstraße bis Brinkstraße und des Zweiwegs sollen vergeben werden. Bedingungen für 70 Rpf. Bauhof, Zimmer 2, erhältlich. **Angebote sind bis Montag, den 21. Dezember, 11 Uhr,** Bauhof, Zimmer 12, einzureichen.

Straßen- und Brückenbauamt.

Berichtigung

Die Bekanntmachung der Gewerbekammer vom 12. Dezember 1931, abgedruckt am 13. 12. 31, betreffend Wahlen zur Gewerbekammer, enthält einen Druckfehler. Die Anfechtung der Gültigkeit der Wahl ist bis zum 20. Dezember, nicht wie abgedruckt bis zum 29. Dezember, bei dem Präses der Gewerbekammer schriftlich geltend zu machen.

Gewerbekammer.

Gerichtl. Bekanntmachungen

Ueber den Nachlaß

a) des am 28. Februar 1928 in Bremen verstorbenen Schlachtermeisters Heinrich Friedrich Wilhelm Oetting,

b) dessen am 29. Mai 1931 in Bremen verstorbene Witwe Catharine Margarete, geb. Logemann,

ist am 12. Dezember 1931 die Nachlaßverwaltung angeordnet worden.

Zum Nachlaßverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Markhausen in Bremen bestellt worden.

15. 12. 31. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts.**

Ueber das Vermögen des Bremer Konsum- und Wirtschaftsverein, Verbrauchergenossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht (früher: Beamtenwirtschaftsverein Bremen e. G. m. b. H.), in Bremen, ist heute nachmittag 5.15 Uhr der Konkurs eröffnet und der Rechtsanwalt Dr. Eberhard Nolenius, Bremen, Buchstr. 16, ist zum Verwalter ernannt worden.

Allen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten, sowie von ihrem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie etwa aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anbruch nehmen dem Verwalter bis zum 15. Februar 1932 Anzeige zu machen.

Zur Anmeldung der Konkursforderungen, die bei dem Gerichte schriftlich oder an der Geschäftsstelle (Gerichtshaus, Zimmer 34) zu Protokoll unter Angabe des Forderungsgrundes und etwa beanspruchten Vorrechts sowie unter Beifügung der Unterlagen erfolgen muß, ist die Frist

bis 15. Februar 1932

festgesetzt.

Es ist Termin anberaumt zur Gläubigerversammlung zwecks Beschlußfassung gemäß §§ 110 und 132 Konkursordnung auf

14. Januar 1932,

vormittags 9 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

5 April 1932,

vormittags 9 Uhr,

vor dem Amtsgericht, Gerichtshaus hierselbst, 2. Obergeschoß, Schwurgerichtssaal des Landgerichts. Eine Aenderung des Versammlungsraumes ist vorbehalten und wird bekannt gemacht.

15. 12. 31. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts.**

Bekanntmachung

In dem Konkurse über das Vermögen des Hofbesitzers Georg True in Achim soll die Schlußverteilung erfolgen.

Dazu sind verfügbar 2972.10 RM. zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen. Zu berücksichtigen sind 1250.79 RM. bevorrechtigte und 32 787.33 RM. nicht bevorrechtigte Forderungen, sowie die weiteren Gerichtskosten.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen Amtsgerichts, Zimmer Nr. 2, zur Einsicht aus.

Achim, den 12. Dezember 1931.

Der Konkursverwalter

W. Overbeck,

Prozeßagent und beeid. Auktionator.

Schokoladen, Pralinen, Keks, Lübecker Marzipan in guten Qualitäten

Brandenburg-Steinbach

Kahlenstraße 1

Stadttheater

Heute

Mittwoch, 15.30 Uhr:
26. Nachmittags-Vorstellung
Das Weihnachtsmärchen
Der Schneemann

20 Uhr, Ende ungefähr 22.45 Uhr
77. Abonnements-Vorstellung
Der Evangelimann

Donnerstag, 15.30 Uhr:
Der Schneemann

20 Uhr, außer Ab.:
Kleine Opernpreise 60 Pf. b. 4.50
Im weißen Rößl

Freitag, 15.30 Uhr:
Der Schneemann

20 Uhr, 78. Ab.-V. Neu einst. Hänsel und Gretel v. Humperdinck. Hierauf das Ballett:
Die Puppenfee

Sonntag, den 20. Dezember
(außer nachmittags)
auch vormittags 11 Uhr
Das Weihnachtsmärchen
Der Schneemann
Kleine Preise! Vorverkauf tägl.!

In den Centralhallen
Düsternstraße:
Volkstüml. Vorst. des Stadttheaters
Heute
Mittwoch, 20.15 Uhr:
Schneider Wibbel
Kleine Preise: 2 M., 1.50 M., 1 M., 50 Pf.

Schauspielhaus

Heute 8 Uhr, Ende 10.15:
9. Kammerspiel
Der bezaubernde Theaterabend, der jeden Besucher fasziniert:
Gastspiel Herta Windschild
der gefeierten Salondame des Deutschen Schauspielhauses Hamburg,
die in diesem Stück drei gegensätzliche Bombenrollen spielt:

Nina

Komödie von Bruno Frank.

Donnerstag: 9. Sonder-Abonn.
Gastspiel Herta Windschild
Nina
und Freitag,: Serie G/9
Gastspiel Herta Windschild
Nina

Sonnabend, nachmittags 4.30 Uhr
4. Sonnabend-Nachmittag
Nora
Schauspiel von Henrik Ibsen
Karten zu Mk. 1.30 an der Kasse

Sonnabend: 10. Kammerspiel „Freitag" (Anstelle von Freitag, 25. Dez.) In neuer Inszenierung
Weh dem, der lügt
Lustspiel von Franz Grillparzer.

Verstellbares Chaiselongue zu kaufen gesucht.
Angeb. unter F 242

Verkaufe wen. gesp. **Mandol.-Banjo** Evtl. Tausch gegen Ziehharmonika. **Elven**, Schleifm. 25

Ich möchte Sie davon überzeugen,
daß es einen Weg gibt, sich mit kleinen Mitteln gut, elegant und dauerhaft zu kleiden. Verlangen Sie bitte unverbindlich Muster und Preise.
Pg. R. Steinke, Maßschneider
Goethestr. 28 — Hansa 42029
Maßschneiderei

Kanarienvögel
Käfige - Fische - Futter u. Bedarfsartikel
Auerbach, Düsternstr. 71

Der Friseur
Pg. Joh. Benecke
Bachstraße Nr. 54
ist gut u. billig!

Die größte
Weihnachtsfreude
bereitet ein
SCHMUCKSTÜCK
oder Gebrauchsgegenstand aus meinem reichhaltigen Lager in
Juwelen
Gold- u. Silberwaren
auch in der kleinsten Preislage
ERNST MEYER, JUWELIER
Molkenstr. 2 — 2. Haus ab Obernstr. — Telefon D. 24464

Deutsche Wertarbeit



Ein Geschenk von bleibendem Wert
Die elektrische SINGER
SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT
Fabrik in Wittenberge Bez. Potsdam
Bremen / Obernstraße 5

Zu Weihnachten
Oberhemden - Kragen - Kravatten - Handschuhe
Unterzeuge und Socken etc.
in netten Geschenkpackungen
Hüte und Mützen
Carl Sievers
Herdentorsteinweg 3-4, gegenüber dem Europa Café
seit 25 Jahren Fachgeschäft am Platze

Zum Weihnachtsfest
Qualitäts-
Gasherde und Gaskocher
mit neuesten Doppelbrennern.
Modernste Ausführungen,
Marke Zenith, Küpperbusch, Junker und Ruh
Reiche Auswahl
Carl Caesar
Schleifmühle 17 und Ostertorsteinweg 13/14

Auslese-Kaffee
garantiert reiner Bohnenkaffee
1 Pfg. nur RM. 1.65
Eggers & Volkmann
Kaffeerösterei
Buchtstraße 50
nur 30 Schritte ab Domshof

Schenken Sie . . .
Beleuchtungskörper
Staubsauger
Koch- und Heizgeräte
Radio
Beachten Sie
Qualität — Auswahl — Preis
F. W. Buchmeyer
Knochenhauerstraße 39-40



jetzt schon von Mk. **2.50** an
Waitz
Obernstr. Ecke Molkenstr.

Inseriert in der B.N.Z.



Heimliche Liebe beiderseits
Das gibt der Hochzeit ihren Reiz!



Und was es hier zu sehen gibt / Das macht das Möbelhaus beliebt / Gute Möbel billig wählen / Sicher könnt ihr auf mich zählen!

Schlafzimmer
echt Eiche, komplett mit Auflege-Matratzen, 2 Stühlen, Handtuchhalter zum **Spottpreis** von nur **RM 575.—** bei
Möbel Thäte
Auf dem Kamp 20 Rosenkranz 32

Pfaff, Dürkopp und Besta
Nähmaschinen
Fahrräder u. Zubehör
kaufen Sie zu billigen Preisen
Wilh. Klapproth
Albrechtstraße 30-31

Möbel
Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer
Einzelzimmer
Große Auswahl, billig
B. Schmidt
Roland 4499 / Altenweg 4

Um das Lager zu räumen:
Großer Posten deutsche Anzugstoffe
zu Konkurrenzlos billigen Preisen.
Anzug nach Maß 90.—, 120.— RM.
Garantiert erstklassiger Sitz.
Carl Stemme
Feine Maßschneiderei
Falkenstraße 23, Telefon: Weser 84619

Ia Jamaika-Rum
Verschnitt

	1/1 Fl.	1/2 Fl.
38 Proz. Spezial . .	2.90	1.50
45 „ „ . .	3.60	1.90
50 „ „ . .	4.—	2.10
55 „ von R. u. U.	4.75	2.50
60 „ Spezial . .	5.40	2.80

Flensburger Rums von Valle, Hansen & Pott

	1/1 Fl.
Ia Klarer	2.—
Ia Goldbrand	2.20
Ia Verdener	2.30
Ia weißer Kornbranntwein	2.30
Deutscher Weinbrand-Verschnitt, Hausmarke	2.70
Hausmarke, alter deutscher Weinbrand	3.50
Reidemeister & Ulrichs Weinbr.	3.60
Jacobi Weinbrand .	3.80
Scharlachberg „ .	4.—
Winkelhausen „ .	4.—

Größte Auswahl in **Qualitätsweinen** u. Spirituosen am Platze
Niedrigste Preise!
Friedr. Burhenne
nur Obernstraße 86 D. 24466
Wir schicken alles sofort!

Minister Klagges

spricht am 4. Januar im Casino

SA in der Verteidigung

Reichsbanner muß seine viehischen Roheiten zugeben

Beginn der Beweisaufnahme

Verhandlungsbericht

Nachdem Pg. Claussen vernommen wurde, über dessen Aussagen wir gestern berichteten, wurde als weiterer unser

Pg. Klooster

vernommen. Er sei ziemlich weit hinten im Zug gegangen, dann sei er nach vorn gelaufen in die Ellhornstraße, weil sie gehört hätten, **daß an der Ecke Kleine Weidestraße schon SA.-Leute niedergeschlagen seien.** In der Ellhornstraße habe er zunächst weder SA. noch Reichsbanner gesehen, auch an der Ecke Ellhornstraße und Wandrahm habe er keine Reichsbannerleute gesehen. **Er habe keinerlei Anordnung bekommen, wohin er gehen sollte, er sei freiwillig den Kameraden gefolgt.** In der Bornstraße sei der Zusammenstoß erfolgt. Die Schlägerei fing sofort an, wie sie an der Ecke waren, er habe Decker auf der Pferdestraße stehen sehen. Die Gegner seien in der Uebermacht gewesen, deshalb habe sich die SA. zurückgezogen. Der erste Pg., der geschlagen sei, sei dann nochmal angegriffen. Darauf sei die ganze Reihe vorgesprungen, so daß sie noch mehr hätten zurückweichen müssen.

Pg. Klooster hat gesehen, wie Decker gefallen ist, ihm gegenüber habe Voigt gestanden.

Die SA. habe nicht angegriffen, sie seien **nur mit vier Mann gewesen, und mit vier Mann greife man keine Uebermacht an.** Wie Decker fiel, sei noch auf ihn eingeschlagen worden. „Da war es meine größte Pflicht, vorzudringen, um den Kameraden zu schützen. Ich wußte ja nicht, daß er schon tot war, er hätte ja auch besinnungslos sein können." Er hätte Decker fortbringen wollen, hätte aber gleich einen Schlag aufs Auge bekommen, so daß er sein Vorhaben nicht ausführen konnte. Bald sei dann Polizei erschienen, die Gegner seien nach rechts und links fortgelaufen. Als er sich umdrehte, habe er gesehen, wie Decker ins Haus getragen wurde. Sie seien dann zum Wall nach dem Doventor gegangen. Bei der Post sei es dann zu Schlägereien gekommen, da das Reichsbanner Verstärkung bekommen habe. Auf Befragen des Oberstaatsanwalts gibt Pg. Klooster an, daß Ecke Wandrahm und Ellhornstraße **Leute mit Stuhlbeinen und Spaten** auf sie eingedrungen seien. Zurückziehen hätten sie sich nicht können, da die Gegner schneller vordrangen, als sie hätten zurückgehen können. Dr. Rosenfeld gibt seiner Verwunderung Ausdruck, daß Klooster angibt, es habe an dem Abend keiner das Kommando gehabt: **„Wir waren doch aus dem Dienst entlassen und befanden uns auf dem Nachhausewege, da standen wir doch nicht mehr unter direktem Befehl,"** ist die Antwort, die für jeden, der die SA. und ihre strengen Dienstregeln bekannt sind, selbstverständlich ist, von Dr. Rosenfeld kann man natürlich eine derartige Kenntnis nicht voraussetzen. Der Ruf: „SA. nach vorn", sollte die SA. orientieren, wohin sie jetzt, da doch die Situation für sie eine recht schwierige war, gehen sollten.

Der dritte Angeklagte, der SA.

Pg. Wichelmann,

ist einige Tage nach dem Zusammenstoß freiwillig bei der Polizei erschienen, um zur Feststellung des Mörders beizutragen. Er sei an dem Abend mit den Pg. Claussen, Bohlenz und ihren Ehefrauen nach Hause gegangen. Mitte der Ellhornstraße sei ihnen der Pg. Trint in Zivil erschienen, der ihnen mitteilte, daß hinten alles voll Reichsbanner war. **Als aus dem Polizeiauto gewinkt wurde, hätten sie sich in Trab gesetzt,** der Wagen sei aber so schnell gefahren, daß sie nicht hätten folgen können. Von der Ecke Wandrahm aus habe er in der Bornstraße einen Auflauf beobachtet und angenommen, daß dort Kameraden in Gefahr seien. Er habe mindestens 30 Personen, die nicht der SA. angehörten, festgestellt und Rufe gehört. Da die Gegner, gegen die 4 bis 5 Mann SA. das Uebergewicht hatten, habe er gepfiffen, um Verstärkungen zu erhalten. Er habe einen Schlag mit dem Koppel erhalten, sich das aber nicht gefallen lassen, sondern sich energisch zur Wehr gesetzt

Es hätten sich ungefähr 15 Mann SA. und 100 Gegner gegenübergestanden. (!)

Pg. Wichelmann hat gesehen, wie ein Mann geschlagen worden ist, der Mann weitergegangen und später aufs Gesicht gefallen ist. Er habe Decker aufgenommen und dafür gesorgt, daß er ins Haus getragen wurde. Die Schlägerei sei weitergegangen, er habe **versucht, Kameraden beizustehen, die mit** Koppeln und anderen Gegenständen stark bedrängt wurden. Das Polizeiauto habe er erst nur gehört, später sah er, wie die Beamten vor dem Haus standen, in das die Menschen, es waren sehr viele, hineindrängten. Am Schluß der Schlägerei habe man ihn gerufen, weil sein Vater verletzt sei. Er sei mit seinem Vater zur Feuerwehr gegangen, dort hörte er ein Ferngespräch, daß ein Arzt zur Wohnung Pg. Claussen kommen sollte. Auf die Frage Dr. Rosenfelds, warum dann 100 Mann nach dem Westen gegangen seien, und von wem sie wußten, daß im Westen dicke Luft sei, antwortet Pg. Wichelmann, **daß ein Polizeibeamter einem SA.-Kameraden die Mitteilung machte, im Westen sei dicke Luft.** Sie seien dann mit **den 100 Kameraden, die im Westen wohnten, in gelöster Ordnung** nach Hause gegangen. Die Fragen der Reichsbanner-Verteidigung bezweckten natürlich, den Beweis zu erbringen, daß die SA. nach dem Westen ging, um die schon vorhandene dicke Luft noch dicker zu machen. Man hatte doch, wo das **Reichsbanner an drei aufeinanderfolgenden Tagen Alarm hatte,** Gelegenheit zu Zusammenstößen.

Die Mitteilung im Anschluß an unsere Totenfeier bezweckte doch lediglich, die Kameraden zur Vorsicht zu veranlassen, sonst wären doch nicht die Ehefrauen mit der SA. gegangen.

Täter werden wiedererkannt

Pg. Alfred Decker,

der Bruder unseres ermordeten Kameraden, wird dann vernommen. Er ist mit dem Zug gegangen, je nach der Wohnung seien die Pg. abgezweigt, er sei mit in die Ellhornstraße eingebogen. Er habe geglaubt, daß man Bohlenz, um ihn zu schützen, nach Hause bringen würde. Er hat in der Ellhornstraße Rufe gehört, die: „SA. hierher" hätten lauten können. Er sei angegriffen **worden und erkennt**

den Angeklagten Messerschmidt

als seinen Angreifer wieder. Er habe Kopf- und Armverletzungen erhalten. Seinen Bruder sah er, wie er den Schlag auf den Arm bekam, dann erhielt er einen Schlag auf die Nase und habe nichts mehr feststellen können, besonders auch, **weil er immer wieder angegriffen wurde.** Auf die Frage, warum er seinen toten Bruder nicht von der Straße gebracht habe, erwiderte Pg. Decker, daß er vom Tode seines Bruders gar nichts gewußt habe, man habe solche Schurkigkeit den Gegnern nicht zugetraut.

Nach kurzer Pause stellte Rechtsanwalt v. Seelen an Pg. Claussen die Frage, **ob nicht der Zug nach dem Westen genau so große war, wie an anderen Tagen?** Die Frage wird bejaht, es könne wohl der eine oder andere einen Kameraden nach Hause gebracht haben, aber im großen ganzen sei es der übliche Zug gewesen. (Es kommt sonst wohl nie vor, daß man sich nach Veranstaltungen gegenseitig begleitet oder ein Glas Bier zusammentrinkt?!)

Pg. Bohlenz hat Decker nicht gesehen. Pg. Claussen habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß Reichsbanner die Gegend besetzt halte. Den Wink vom Polizeiauto hat auch er gesehen. Ecke Ellhornstraße—Wandrahm sah er, daß seine Kameraden angegriffen wurden. Als Decker am Boden lag, ist er auf ihn zugegangen, hat ihn auf den Rücken gelegt und hörte, daß Pg. Decker noch röchelte. Dann rief er Leuten, die aus dem Fenster sahen, zu, sie möchten das Haus öffnen. Decker hielt er lediglich für besinnungslos, er habe sich dann um Pg. Claussen gekümmert, der stark blutete. In der Wohnung von Pg. Claussen, wohin er ihn begleitete, hörte er am Fernsprecher, daß Decker tot sei. Bei diesem Gespräch hat er, Dr. Thyssen zu benachrichtigen, der dann auch in der Wohnung von Pg. Claussen eintraf. Auch dieser Pg. ist freiwillig zur Polizei gegangen, um an der Ergreifung des Mörders zu helfen. Pg. Bohlenz betonte ausdrücklich gegenüber den Fragen von Dr. Rosenfeld, daß sie keineswegs daran gedacht hätten Andersdenkende zu überfallen, es sei üblich, daß vom Casino aus die Kameraden zusammengingen. Die weitere Frage Dr. Rosenfelds, **ob sie nicht vielleicht stets die Absicht hätten anzugreifen, ist so geschmacklos, daß sie sich selbst richtet!**

Pg. Harmling

ist auf Grund der Vorfälle am 9. November arbeitslos geworden! Die Vorfälle um die Ermordung Pg. Deckers schildert Pg. Harmling genau so wie die anderen Kameraden. Von der Schlägerei selbst hat er nichts gesehen, da er sich um Decker bemühte und ihn ins Haus gebracht hat.

Pg. Bruns

schildert die allgemeine Schlägerei, er hatte das Gefühl, als ob der ganze Zug auseinandergesprengt sei.

Als er die Leute sah, die mit

Knüppel, Koppel und Spaten auf die SA. losgingen,

habe er gedacht „dies ist dein letzter Augenblick, hier kommst du nicht heraus". Er habe dann auf einen Mann losgeschlagen, der zu Boden fiel. Später habe er dann drei Schläge bekommen. Wenn er nicht geschlagen hätte, wäre er niedergeschlagen worden, er habe nicht anders können. Dieser Pg. gibt Namen, Straße und Hausnummer eines Mannes an, der ihn geschlagen hat, den er im Gerichtssaal vermißt und der möglicherweise der Mörder Deckers ist. Dieser Mann heißt

Franz Starker und wohnt Holsteiner Straße 12.

Pg. Wichelmann sen.

hat aus Sympathiegründen an der Feier im Casino teilgenommen und ging Arm in Arm **mit seiner Frau** nach Hause. Etwa 20, 30 Schritte von der Ecke Bornstraße machte seine Frau ihn aufmerksam: „Was ist da oben los?" Die Vernehmung dieses Angeklagten findet wiederum vor dem Richtertisch statt, ist daher schlecht verständlich. Nach seiner gräßlichen Verletzung sei er zur Besinnung in eine Türnische getreten, zwei SA.-Leute hätten dann seinen Sohn geholt. Zum Verbinden brachte man ihn zunächst zur Feuerwache und dann zu Pg. Claussen, wo sich Dr. Thyssen befand. Im ganzen habe er 14 **Schlagwunden und drei Stichwunden erhalten.**

Oberstaatsanwalt Dr. Drechsler **unterstellt, daß Wichelmann sehr erheblich verletzt worden ist.**

Pg. Schütte

ist durch die Bornstraße gegangen, weil gewinkt und gerufen wurde. Ein Trupp Spielmannsleute habe er auf den gewöhnlichen Weg durch die Georgstraße geschickt, aber ein Ueberfallkommando gebeten, auf diese größtenteils sehr jugendlichen Leute achtzugeben. In der Bornstraße sah er dann Reichsbanner und sagte dem SA.-Mann, er möchte den Kameraden Bescheid geben. Er sei, ohne daß er erklären könne, wie es kam, in die Schlägerei verwickelt worden. Als ein großer Trupp Gegner kam, habe er die Polizei aufmerksam gemacht: „Da sind sie ja schon wieder". Da habe die Polizei die Angreifer wieder zurückgetrieben. Auf die Frage Rechtsanwalts Kurt Müller, gibt Pg. Schütte an, daß er gezwungen durch ein schweres Leben, Arbeit bei der Bauhütte Hansa habe annehmen müssen. Er habe zwei Jahre lang dort eine führende Stellung eingenommen, sei freigewerkschaftlich organisiert gewesen, sei aber erst in die NSDAP. eingetreten, als er aus der Gewerkschaft und SPD. ausgetreten sei, er sei nicht in beiden Organisationen zu gleicher Zeit gewesen.

Pg. Kuklau

schildert dann, wie er bis zur Feuerwache gegangen und dann zurückgerufen worden sei. Als er hinkam, habe Decker schon auf der Erde gelegen. An der Schlägerei habe er sich nicht beteiligt.

Nach einer Mittagspause setzte das Gericht die Vernehmung mit den SA.-Angeklagten fort.

Zunächst wurde

Pg. Karl Löbe

vernommen. Sturmführer Clausen habe befohlen, daß der Sturm in aufgelöster Ordnung gmeinsam nach Hause gehen sollte, da das Reichsbanner unterwegs sei. Bei der Feuerwache hätten sie Hilferufe gehört und seien mit 30 Personen durch die kleine Helle gelaufen. Decker habe auf dem Boden gelegen, er habe die Mütze und den Schulterriemen Deckers aufgenommen und der Polizei übergeben. Der Bruder

Pg. Wilhelm Löbe

hat Pg. Claussen Ecke Ellhorn- und Falkenstraße getroffen. Bei der Feuerwehr hat er am Doventorsteinweg drei Reichsbannerleute mit ihren Rädern gesehen. Er sah einen SA.-Mann fallen, wollte ihm helfen, bekam aber selbst einen Schlag auf den Arm. Dann habe er Pg. Claussen am Boden liegen sehen, er habe ihn herausgezogen mit Hilfe eines Kameraden, besonders deshalb, weil

Pg. Clausen stark blutete und einer seiner Gegner ein Messer oder einen anderen blitzenden Gegenstand in der Hand hielt.

Dr. Thyssen sei von ihm benachrichtigt, daß Pg. Claussen schwer verletzt war, er sei mit dem Arzt in seinem Wagen nach Hause gefahren, weil er gehört habe, daß **sein Vater schwer verletzt sei.**

Auf Ersuchen des Oberstaatsanwalts sollen schon jetzt die angeklagten Reichsbannerleute Entelmann, Osterloh und Langenbeck, die bei der Kleinen Weidestraße den Pg. Schlieckriede mit Spaten und anderen Gegenständen schwer mißhandelt haben, vernommen werden.

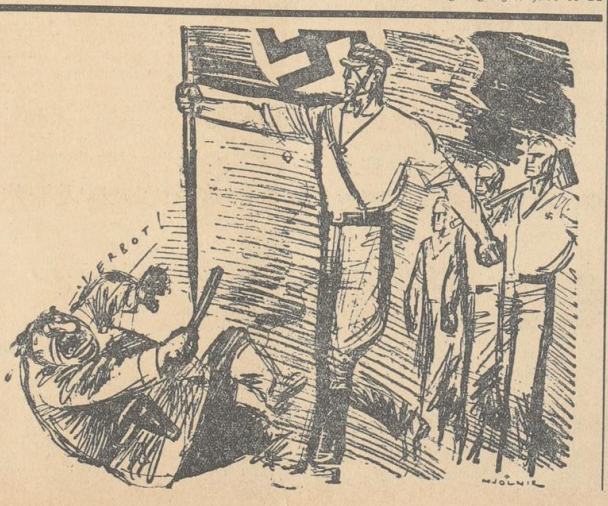
Angeklagter

Reichsbannermann Entelmann

hat sich mit 30—40 Mann am 7. in Oslebshausen in Alarmbereitschaft aufgehalten. Am Sonntag sei er gleichfalls dort und am Montag im Volkshaus gewesen. Er habe den Auftrag erhalten, mit 8 Mann auf Patrouille mit Rädern zu fahren. Am Domshof seien sie angehalten und seien nur zu zweien weitergefahren.

4 Mann hätten Spaten

gehabt. Warum, wisse er nicht ?!) **Anfangs hat dieser Angeklagte gesagt, er habe bis 2 Uhr im Volkshaus Karten gespielt, auch bei der zweiten Vernehmung hat der Angeklagte etwas behauptet, was nicht wahr ist. Auf Vorhalt des Vorsitzenden, warum** er ableugnete, beim Vorfall in der Kleinen Weidestraße dabei gewesen zu sein, meint der Angeklagte, er habe ja nicht wissen können, daß etwas hinterher käme. (Ob es nicht anders gewesen ist, ob er nicht gerade weil er



fürchtete, daß etwas hinterherkäme, die Unwahrheit sagt?) Um 11 Uhr sei Befehl gekommen:

„Alle Radfahrer zur Bornstraße!"

Es scheint, als ob dieser Angeklagte eine reichlich blühende Phantasie hat, er will 50 bis 60 Mann SA., alle mit Karabinerhaken in der Hand, gesehen haben und gibt im übrigen eine so verworrene Darstellung, daß der Vorsitzende sagt: „Das ist eine völlig andere Darstellung, als Sie bisher gaben." Den alten Mann, der geschlagen ist, hat er wohl auf der Erde liegen sehen, wer ihn geschlagen habe, wisse er nicht, aber er wurde

noch vom Reichsbanner geschlagen, als er schon auf der Erde lag.

Als der Angeklagte dann von Schlägerei in Verbindung mit dem alten, geschlagenen Mann spricht, fragt der Vorsitzende:

„Nennen Sie das Schlägerei, wenn Sie einen wehrlosen alten Mann schlagen? Das ist Mißhandlung, aber keine Schlägerei!"

Der Angeklagte gibt zu, daß mehr als 3 oder 4 Leute auf den alten Mann einschlugen.

Angeklagter

Reichsbannermann Osterloh

ist am betreffenden Sonnabend und Sonntag im Volkshaus gewesen. Warum er am 7. im Volkshaus gelegen hat, weiß er nur dahin zu beantworten, daß er **gehört** habe,

„die Nazis wollten am 9. Rache nehmen."

(Zwei Tage Vorbereitung auf die Rache, die die anderen nehmen wollten, wer soll das glauben?" Der alte Mann sei in halbsitzender, gebückter Stellung von

5 (!) Reichsbannerleuten

verprügelt worden. **Osterloh** hat im Protokoll angegeben. **Entelmann** habe mit dem alten Mann zu tun gehabt, dieser wiederum hat angegeben, **Osterloh** sei es gewesen. **Heute widerrufen beide ihre damalige Darstellung, sie wollen so „aufgeregt"** gewesen sein, daß sie unter ein **unrichtiges Protokoll** ihren Namen geschrieben hätten!!

Angeklagter

Reichsbannermann Langenbeck

kommt gleichfalls mit neuen, unglaubwürdigen Darstellungen, was ihm vom Richter vorgehalten wird.

Dann wird in die

Die Beweisaufnahme beginnt

eingetreten und als erster POW. Schulze vernommen. Er hatte am Montag den Auftrag des Reichsbanners zu beobachten. Von der Versammlung in der Bornstraße war ihm nichts bekannt. Vor dem Volkshaus haben zehn Räder und ein Motorrad gestanden. Nach 10 Uhr hätten 60 Personen das Volkshaus verlassen und wären in Richtung Altstadt gegangen. 30 von ihnen sah er dann bei der Hauptfeuerwache wieder, sie hatten das Sturmband unterm Kinn und waren mit Spaten ausgerüstet. Im Kaufmannsmühlenkamp habe er Pfeifensignale gehört, er sei dann zurückgegangen und habe von den Nationalsozialisten, die Ecke Ellhornstraße standen, Zeichen erhalten, in Richtung Ellhornstraße — Wandrahm zu gehen. In der Bornstraße sei eine Schlägerei im Gange gewesen. Beteiligt waren Zivilisten, die später in das Haus in der Bornstraße liefen, und Nationalsozialisten. Decker habe bereits am Boden gelegen, als er ihn sah. Daß

Zivilisten mit einer Luftpumpe, einem Stuhlbein

schlugen, habe er ferner wahrgenommen. Auch bei dieser Schlägerei seien wie bei der ersten, viele Zivilisten in das Haus Bornstraße gelaufen. An der zweiten Schlägerei seien ungefähr

250 Personen

beteiligt gewesen, von diesen seien 100 Nationalsozialisten gewesen. (?) Neu ist die Darstellung des Zeugen von **zwei Schlägereien** in der Bornstraße, von denen die angeklagten Nationalsozialisten zwar nichts wissen, die SAP. ist aber **zweimal** aus dem Haus auf die Straße gelaufen.

PW. **Liebert** hat eine große Menge Reichsbannerleute vor dem Volkshaus gesehen. In der Bornstraße sei alles ruhig gewesen. Die Nationalsozialisten hätten ihn auf die Ellhornstraße aufmerksam gemacht. Es sei dort ruhig gewesen, ebenso am Wandrahm, in der Bornstraße sei

eine kleine Schlägerei, an der 20 bis 25 Personen beteiligt gewesen seien, im Gange gewesen.

„Sehen Sie, wie verschieden die Aussagen sind, Ihr Kollege Schulze hat 150 Menschen dort gesehen," wirft der Vorsitzende ein.

Das Sipowato fuhr dann durch die Falkenstraße, Kleine Helle, Wandrahm zurück zur Bornstraße, wo jetzt die zweite Schlägerei im Gange war. Bei dieser will der Zeuge **400 Personen** beobachtet haben. Später habe er **Stuhlbeine und zerbrochene Stühle** vor der Beamtenbank auf der Straße liegen sehen. An dieser zweiten Schlägerei seien 100 bis 150 SAL-Leute beteiligt gewesen. **Der Zeuge will keine Reichsbannerleute gesehen haben.** Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld hält dem Zeugen vor, daß er in erster Vernehmung ausgesagt habe, daß er nur wenige Reichsbannerleute bei der Schlägerei bemerkt habe, die seien dann von vielen Nationalsozialisten verfolgt worden. Nach „Beeinflussungen" (von Vorhaltungen konnte man bei der von Dr. Rosenfeld angewandten Art der Befragung nicht reden) gibt der Zeuge nach und — allerdings sehr zögernd und reichlich bedrängt — seine erste protokollarische Darstellung zu.

Lohn„ver"handlungen

bei der Bremer Straßenbahn AG.

In der Zeitschrift der NS.-Betriebszellen-Organisation „Der Kampf um die bremischen Betriebe", Heft 1, war von der Absicht, die Löhne und Gehälter der Straßenbahner um 7 Prozent zu kürzen, und die sozialen Zulagen als Kuhhandelsobjekt dienen zu lassen, berichtet worden. Für uns besonders interessant war der Fall deshalb, weil die Idee, die sozialen Zulagen fallen zu lassen, von marxistischer Seite kam und hiermit das soziale Verständnis, daß diese Herren für sich allein gepachtet zu haben glauben, so recht beleuchtet wurde.

Um diesen **vollständigen unberechtigten Lohnraub** zu verhindern, war von der NS.-Betriebszellen-Organisation eine Anfrage an den Senat veranlaßt bezw. vorgesehen. Nachdem die Verhandlungen zwischen Direktion und Gewerkschaften abgeschlossen, wurde die Anfrage, **dem Verhandlungsergebnis entsprechend abgeändert,** zugeleitet:

Ist dem Senat bekannt, daß bei der Bremer Straßenbahn A.G. ein Lohnraub bis zu 4,8 Prozent vorgesehen ist?

Ist dem Senat ferner bekannt, **daß dieser Lohnabbau nicht vom ökonomischen Standpunkt erforderlich, sondern auf Grund des Druckes des Arbeitgeberverbandes gefordert wird?**

Ist der Senat bereit, seinen Einfluß bei der Bremer Straßenbahn AG. dahingehend geltend zu machen, daß dieser unberechtigte Lohnabbau unterbleibt, um die Kaufkraft der Straßenbahner nicht noch weiter zu drücken? Wir weisen darauf hin, daß der Fahrtarif der Straßenbahn ab 1. Januar 1930 nach den Mitteilungen der Verwaltung nur deshalb erhöht wurde, um die außergewöhnlich niedrigen Gehälter und Löhne der Arbeiter und Angestellten aufzubessern. (Schriftliche Antwort genügt.) gez. O. Heider.

Den großen „Klassenkämpfern" in den **freien Gewerkschaften** war also während der Verhandlungen plötzlich der Kampfgeist ausgegangen, sonst hätte der Ausgang sicher ein anderer sein müssen, denn noch waren nicht die Kampfmittel restlos erschöpft und die Schwächen der Direktion doch immerhin sehr offenkundig. Nach dem Versagen der Gewerkschaften haben **wir den Kampf gegen den Lohnraub aufgenommen.** Unser Schritt war die Anfrage an den Senat, weitere Schritte wären unbedingt gefolgt, wenn nicht inzwischen der Lohnraub durch die Notverordnung staatlich sanktioniert und sogar gefordert worden wäre.

Trotzdem nun die Lohnstreitigkeiten durch die Notverordnung beigelegt sind, brachte die Direktion der Straßenbahn AG. in ihrem Betriebe einen Anschlag heraus, indem das **Eintreten der NSBO. für die Belange der Arbeitnehmer der Straßenbahn einer scharfen Kritik unterzogen wird.** Daß der Direktion unser Vorgehen nicht gerade angenehm war, können wir verstehen, zeigt uns aber auch, **daß wir richtig handelten** und sie an der allein empfindlichen Stelle trafen. Wenn aber die Direktion in ihrem Anschlag, gewollt sinnentstellend, unsere sachliche Richtigstellung verschweigt, trotzdem ihr der Inhalt der Anfrage an den Senat bekannt sein mußte, uns also der Unwahrheit zeiht, kann man das schon keine ehrliche Kampfesweise mehr nennen. Auf Ihren Köder, meine Herren, daß unsere Anfrage, eine Fahrtarifsenkung und damit weiterer Lohnabbau entstehen könnte, wird kein denkender Mensch hereinfallen, denn erstens lag es ja an **Ihnen,** zumindest auf die Lohnraubaktion zu verzichten und zum zweiten hätte dann der marxistisch angehauchte Senat dazu seine Zustimmung geben müssen.

Wenn die Direktion ferner glaubt, den „Herrn im Hause" uns gegenüber herkehren zu müssen, wie sie es mit besonderer Vorliebe ihren Arbeitern und Angestellten gegenüber tut, so mag den Herren gesagt sein, daß wir uns durch derartige Methoden **nicht von unserem Kampfe für die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer** abhalten lassen. Ob die Direktion mit uns verhandeln will oder nicht, hängt nicht nur von ihrem Willen ab, sondern ist letzten Endes **nur eine Machtfrage,** es kann aber ja sehr wohl bald der Zeitpunkt kommen, wo wir kein Interesse haben, mit den jetzigen, unter dem Einfluß des scharfmacherischen Arbeitgeberverbandes stehenden Direktoren zu verhandeln.

Verhandeln tun wir überhaupt nicht, sondern wir kämpfen, die Vorsilbe „ver" kann sehr leicht gedeutet werden, wenn wir sagen, die Direktion hat sich „ver"rechnet; unter verhandeln der Gewerkschaften kann man in dieser Angelegenheit auch „falsch"handeln verstehen.

Die Arbeiter und Angestellten der Bremer Straßenbahn AG. mögen aus den Geschehnissen der letzten Zeit ihre Lehre ziehen, diejenigen, mit denen die Direktion **gerne** verhandelt, können sicherlich nicht das Interesse der Arbeitnehmer vertreten, denn dann würde die unter scharfmacherischem Einfluß stehende Direktion **eben nicht gerne** mit **Ihnen** verhandeln. Die Pfeile, die auf uns verschossen, prallen nunmehr auf die Schützen zurück. Wo sind nun die „Kapitalistenknechte"? Sucht sie nur ruhig bei den genannten Verhandlungspartnern der Direktion.

H. Lange, NSBO.

An unsere Leser!

Wir beginnen heute damit, unsere bekannten Werbezettel durch die Zeitungsausträger an unsere Abonnenten verteilen zu lassen. Wir bitten, dieselben bei Einkäufen, die ja selbstverständlich nur bei unseren Inserenten erfolgen, in den Geschäften abzugeben.



Erst denken – dann schenken

Wer sich seine Geschenke richtig überlegt, den führt sein Weg bestimmt zu *Herms*

Hitler

EINE DEUTSCHE BEWEGUNG

von E. CZECH-JOCHBERG

Und um ja nicht zu vergessen, nestelten die Leute an ihren Brieftaschen. Zahlten. Zahlten.

Der „Säckelwart" traute seinen Augen nicht: dreihundert Mark lagen vor ihm.

Ein Vermögen, kaum zu fassen! Das hatte dieser Tausendsassa Hitler zustande gebracht (trotzdem er nicht reden konnte, behauptete Harrer dickköpfig).

Dreihundert Mark? Da konnte man ja endlich Leitsätze drucken lassen? Und neue, vielleicht sogar größere Anzeigen in den „Münchener Beobachter" einsetzen lassen?

— — — — — — — — —

Hitler drängte auf immer neue Versammlungen, und sie hatten, ob sie im Eberlbräukeller stattfanden (wo Hitler zu dem Thema „Brest-Litowsk und Versailles" sprach), oder im „Deutschen Reich" in der Dachauerstraße, immer größeren Erfolg. Auf 270 war die Besucherzahl gestiegen.

Da geschah etwas Internes. Etwas Unwesentliches vielleicht, wenn es nicht einerseits auf alle „Bürgerlichen" schlech weg hätte Anwendung finden können, und wenn es nicht zum Ausgangspunkt einer neuen Methode Hitlers geworden wäre.

Die Sozialdemokraten lachten über den kleinen Biertischverein mit seinen weltumwälzenden Plänen: Laßt sie doch schreien, werden schon heiser werden. Wenn damals wirklich einmal eine Versammlung von Bürgerlichen zusammengetrommelt wurde, nun, dann genügte eine Handvoll Kommunisten, die man gegen die Fettwänste losließ. Die ganze Versammlung lief zum Teufel, daß es ein Spaß war . . .

Das war's: Die Furcht vor dem Terror, die so tief in den Spießern saß. Darum lockte Hitler seine Soldatenfreunde in die Bewegung zu ziehen. Das waren Kerle „flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl", um gleich einmal Hitlersche Worte zu verwenden. Und die glühten in einem Fanatismus, der sie um fünf Hauptesläugen über die anderen ragen ließ.

Der Verein aber hatte Angst vor diesem Terror. Die Sozialdemokraten ließen nicht mit sich spaßen, wenn da ein Mann auftrat, der ihnen die Arbeiter abspenstig machte.

Wer war dieser Hitler? Wie sprach der über den Marxismus? Wie kam er dazu?

Wie? Dieser Mann kannte die marxistische Bewegung von Wien aus? Lebte unter Adler? War selbst Arbeiter gewesen? Kannte so gut, allzugut die Führer und ihre Netze, die sie über die Arbeiter auswarfen?

Der Mann könnte gefährlich werden! Diese „Sumperbewegung" mußte denn doch ein wenig beobachtet werden.

Und wenn es eben nicht anders ging, veranstaltete man eine „Gaudi".

Ein paar handfeste Burschen genügten doch gegen diese Jammerlappen, wie?

Vor der Keile hatten die Bürgerlichen noch immer Angst gehabt!

Aber Hitler war kein „Bürgerlicher". Und seine Soldatenfreunde waren es auch nicht. Waren frontgestählte Burschen. Raufer wenn man will. Und Hitler wars auch.

Wars aus Ueberzeugung. Er ließ es sich von keinem Menschen nehmen, daß es gegen den Terror der Roten, gegen den Versammlungsterror und den Straßenterror nur ein Mittel gab und geben würde: Ein noch blutigerer Terror von nationaler Seite!

Senge austeilen? Fahnen herunterreißen? Mit Gummiknüppel und Pistole arbeiten wie die Roten? „Das können wir ebenso wie ihr", sagte Hitler. Und sie konnten es besser als die Roten. In ihnen brannte der heilige Fanatismus, der keinen Kompromiß kannte und kennen durfte.

Eine nationale Idee ist kein Geschäft. Sie duldet keinen Kompromiß. Eine nationale Idee kann nur das Eine und immer nur das Eine vortreiben: Fanatismus!!

Darum warb Hitler so um seine Soldaten. Er wußte, daß es einmal zu diesem Gegenterror kommen mußte. Und darum auch die Angst vieler der bisherigen Anhänger vor einem allzustarken Hervortreten.

Hitler aber beschloß, sich noch mehr zu exponieren!

— — — — — — — — —

1920. Februar.

Die politische Welt nicht weniger trüb als die Tage, die griesgrämig durch München schlichen.

Ein sonderbares München damals. Ein sonderbares Bayern. Das Zentrum hielt sozusagen hinter dem Rednerpulte, so daß es die Oeffentlichkeit nicht sah, die Hand der Sozialdemokraten. Man warf sich wütende Blicke zu, aber wenn man bisweilen die Hand vors Gesicht hielt, dann flog ein listiges Blinken der heimlichen Verständigung aus dem Augenwinkel, man tobte gegeneinander, aber wurde nicht sehr heiß dabei, freute sich insgeheim, die Regierung des Bayernlandes so gut aufgeteilt zu haben. Die gelegentlichen Zusammenstöße, das mußte doch jeder begreifen, war man seinen Wählern und den Zeitungen schuldig.

Ansonsten, um eine bayerische Redewendung zu gebrauchen, herrschte die traditionelle „königlich bayerische Ruhe".

Daß sie und da rote, knallrote Plakate angeklebt wurden und von den Litfaßsäulen brannten, daran hatte man sich gewöhnt. Das gehörte eben in eine Republik und damit basta.

Auch die in politischem Gleichgewichte Befindlichen blieben gerne stehen, lasen an diesen roten Plakaten herum . . .

Lasen noch einmal. Verstanden nicht, mußten sich geirrt haben und suchten nach dem Kneifer.

Diese roten Plakate in den Straßen Münchens, an allen Ecken und Enden, sie stammten plötzlich gar nicht von den Sozialdemokraten!

Durfte denn das sein? Duldete man denn das?

Man suchte nach der Unterschrift: „Nationalsozialistische Arbeiterpartei?"

Man hatte viel gelesen in letzter Zeit von dieser Bewegung.

Wo wurde die Massenversammlung abgehalten? Am Platzl? Im großen Hofbräuhaussaal? Donnerwetter, trauten die Leute sich aber viel zu!

(Fortsetzung folgt.)

Handwerk gegen 4. Notverordnung

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß beim Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag und beim Reichsverband des deutschen Handwerks trat am 12. Dezember unter dem Vorsitz von Obermeister Hansen-Hamburg im Verwaltungsgebäude des Kammertages zu Hannover zusammen, um zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Die drei Vertreter des Handwerks aus dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung gaben zunächst einige Erläuterungen zu den regierungsseitig ergriffenen Maßnahmen. Generalsekretär Hermann-Berlin berichtete über den wichtigsten Inhalt der 4. Notverordnung vom 8. Dezember. Im Anschluß an diese Vorträge entwickelte sich eine lebhafte Aussprache, in der die größten Bedenken gegen die durch die Notverordnung erfolgten Durchbrechungen privatwirtschaftlicher Grundsätze geäußert wurden. Eine Fortsetzung dieser Methoden müsse zu einer Ausschaltung der Privatwirtschaft und zur Einsetzung einer staatskapitalistischen Wirtschaft führen. Das Handwerk halte fest an dem Grundsatz des Privateigentums und sei bereit, sich unter Wahrung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung der einzelnen Betriebe in ein berufsständisch gegliedertes Wirtschaftssystem einzupassen. Es wurde beschlossen, Reichsregierung und Reichstag die Bedenken des Handwerks zu den einzelnen Teilen der Notverordnung zu unterbreiten und Vorschläge zu machen, um auch die Möglichkeiten einer weiteren Ausgestaltung zugunsten der Handwerkswirtschaft auszunutzen. Mit dieser Aufgabe wurde ein Arbeitsausschuß, bestehend aus zwei Vertretern der Kammern und Reichsfachverbände, aus je einem Vertreter der Gruppe der Gewerbevereine und Handwerkerbünde sowie der Genossenschaften, beauftragt, dem auch die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms des deutschen Handwerks zugewiesen wurde.

Mündlicher Lehrgang der Reichs-Propagandaleitung 2. Die Reichs-Propagandaleitung 2 wird vom 4. bis 23. Januar 1932 in den Räumen der Reichs-SA.-Führer-Schule in München einen mündlichen Lehrgang durchführen. Zweck dieses Lehrgangs wird sein, geeignete Parteigenossen zu Leitern von Schulungswochen, Schulungstagen und Schulungsabenden heranzubilden. Es werden in dem Lehrgang alle in unserem Kampf vorkommenden Fragen behandelt werden. Es werden mitwirken: der Führer, Amtsleiter und Abteilungsleiter der Reichsleitung und außerhalb der Reichsleitung stehende führende Parteigenossen.

Die mit der Teilnahme am Lehrgang verbundene Kosten betragen außer Fahrgeld für die Hin- und Rückreise — für die zwanzig Tage 40 RM. für Wohnung, Beköstigung und Unkostenbeitrag. Die Unterbringung und Beköstigung erfolgt kasernenmäßig.

Jeder Bewerber hat bei der Reichs-Propagandaleitung 2 sofort einen Antrag auf Zulassung einzureichen. Daraufhin werden ihm die einzelnen Bedingungen, der genaue Lehrplan und der Vordruck für die endgültige Anmeldung übermittelt.

Alle für die Reichs-Propagandaleitung 2 bestimmten Schreiben sind nach **Herrsching am Ammersee** zu richten.

Reichs-Propagandaleitung 2
Fritz Reinhardt.

Der nächste briefliche Lehrgang der Rednerschule der NSDAP. wird am **15. Januar 1932** beginnen. Preis 2 RM. monatlich.

Es ist dringend erforderlich, daß von jeder Ortsgruppe mindestens ein Parteigenosse an einem Lehrgang teilnimmt und sich auf diese Weise die Kenntnisse und Fähigkeiten verschafft, deren er bedarf, um zu reden und um Schulungsabende in der Ortsgruppe durchzuführen.

Auch Parteigenossen, die **nicht** in öffentlichen Sprechabenden und Versammlungen als Redner auftreten wollen und sich nicht für geeignet halten, Schulungsabende durchzuführen, ist zu empfehlen, an einem brieflichen Lehrgang teilzunehmen, wenn sie wünschen, daß ihre Werbungen **von Mund zu Mund von durchschlagendem Erfolg** sind.

Einführungsdrucksachen kostenlos durch:
Fritz Reinhardt, Herrsching am Ammersee.

Reichsleitung, Propagandaabteilung 2
Fritz Reinhardt.

Kapitän König in Amerika. Kapitän Dr. h. c. Paul König, im Kriege Führer des Handels-U-Bootes „Deutschland", befindet sich gegenwärtig in Nordamerika und hat dort, wie führende Blätter melden, begeisterte Aufnahme gefunden. Kapitän König, der im April 1932 aus dem Dienst des Norddeutschen Lloyd ausscheidet, um in den wohlverdienten Ruhestand zu treten, war in Begleitung seiner Tochter mit dem Schnelldampfer „Europa" zum Zwecke der Verabschiedung von seinen vielen Freunden nach den Vereinigten Staaten von Amerika gefahren. Von zahlreichen deutsch-amerikanischen Vereinigungen in Newyork, Philadelphia, Baltimore, Cincinnati usw. wurde Kapitän König um die Schilderung seiner U-Bootfahrten während des Krieges gebeten. Königs Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen und fanden auch in der Presse ein weithallendes Echo. Besonders herzlich war die Aufnahme in Baltimore und New-London, also den Städten, die König vor nunmehr 15 Jahren mit seiner „Deutschland" anlief. So wurde beispielsweise in New-London vom Bürgermeister der Stadt Kapitän König offiziell empfangen. In seinen Vorträgen sprach König den in Amerika lebenden Deutschen den Dank für die dem Mutterlande oft erwiesene Hilfsbereitschaft aus. Gegenwärtig befindet sich Kapitän König auf einer Reise durch den Westen und Mittelwesten der Vereinigten Staaten. Später wird er eine Reise entlang der chilenischen Küste unternehmen und im März 1932 mit einem der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd nach Bremen zurückkehren.

Bremer Getreideberichte. Weizen: Manitoba (1) 5.75 unverzollt. Roggen: Nord-russischer 4.75 unverzollt. Gerste: Donau 4.90 unverzollt. Russen 5.05 unverzollt. Canada (3) 5.00. Hafer: Pomm. Weißhafer 56-7 Kilo 8.75, do. 54-5 Kilo 8.45, do. 51-2 Kilo 8.35. Mais: La Plata 8.50 verzollt, Donau Galfox 8.10. Tendenz fest.

Bremer Viehmarktbericht. Auftrieb: Ochsen 71, Bullen 115, Kühe 149, Färsen 162, Kälber 410, Schafe 105. Lebend ausgeführt: Rinder 128, Kälber 22, Schafe 6. Unverkauft blieben: Schafe 28. Marktverlauf: In Großvieh mittel, Kälber langsam und in Schafen belanglos. Preise: Ochsen a 1) 36—37 (24), b 1) 31—35 (32), c) 27—30 (15); Bullen a) 32—34 (41), b) 28—31 (50), c) 22—27 (24); Kühe a) 28—30 (25), b) 24 bis 27 (39), c) 18—23 (33), d) 13—17 (43); Färsen a) 34—35 (34), b) 30—33 (81), c) 25—29 (47); Kälber a) —, b) 50—53 (120), c) 45—49 (100), d) 32—44 (110), e) 20 bis 30 (80); Schafe nicht notiert. — Fleischmarkt: Geschlachtet eingeführt: Rinder 55, davon 8 dän., Kälber 78, Schafe 66, Schweine 256. Geschäftsverlauf: langsam. Preise: Rindfleisch: a) 56—60 b) 50—55, c) 35—49; Kalbfleisch: a) 81—85, b) 71—80, c) 45—70; Schaffleisch: a) 73—80, b) 63 bis 72, c) 40—64; Schweinefleisch: a) 56—60, b) 51—55, c) 35—50.

Doppelselbstmord aus wirtschaftlicher Not

Oldenburg, 15. Dez. Dienstag vormittag entdeckten Passanten der Elisabethstraße am Ufer der Hunte zwei Hüte und Schirme. Es bestätigte sich die Annahme, daß hier zwei Personen den Tod gesucht hatten. Nach kurzem Absuchen des Wassers konnte man eine männliche und eine weibliche Leiche bergen. Es handelt sich um den vor kurzem in Konkurs geratenen Papierwarenhändler Weiß und dessen Ehefrau aus der Stadt Oldenburg.

Nichts ist häßlicher als rote Hände und unschöne Hautfarbe. Man sollte schleunigst Abhilfe schaffen durch Verwendung der herrlichen Creme Leodor. Vornehm parfümiert. Tube 60 Pf. Versuch überzeugt.

Der Seehafen Bremen

Von Dr. jur. et. rer. pol. H. Flügel, Band 26, der Musterbetrieb deutscher Wirtschaft, (Verlag S. Hirzel 1931).

Ueber das soeben erschienene Buch von Dr. H. Flügel **„Der Seehafen Bremen"** schreibt Dr. ing. A. Agatz, Hafenbaudirektor a. D., Professor an der Technischen Hochschule-Berlin (Lehrstuhl für Wasser- und Hafenbau):

Sowohl der Verlag wie der Verfasser sind zu der Herausgabe des Buches zu beglückwünschen. Endlich einmal auf knappestem Raum eine umfassende Darstellung alles dessen, was zu einem Seehafen gehört und wie sein Getriebe ineinandergreift.

Man möchte dem Buche, besonders im Binnenlande, eine umfangreiche Verbreitung wünschen, um für das schwere Ringen unserer Seehäfen um ihre Geltung breitestes Verständnis zu wecken. Die Hansestädte mit ihren Häfen sind nun einmal besonders geartete Wirtschaftsgebilde, wie das der Verfasser so glänzend bei dem Zusammenarbeiten der staatlichen und wirtschaftlichen Organe und der besonderen Stellung der Handelskammer herausgearbeitet ist. Er zeigt fernerhin, wie stark die technischen und Verwaltungsfunktionen miteinander verflochten sind, um die Schlagkraft des Seehafens zu erhalten.

Die Tatsache, daß Bremen als Seehafen innerhalb von etwas mehr als einem Menschenalter (denn die Kriegs- und Notjahre müssen aus der Entwicklung herausgenommen werden) dank der Befolgung der Grundsätze, wie sie Flügel nun geschildert hat, zu dem geworden ist, was es heute darstellt, läßt ihn mit Recht als einen „Musterbetrieb deutscher Wirtschaft" gelten. Hätte Bremen in der stürmischen Entwicklung von Technik und Verkehr seit Ende des vorigen Jahrhunderts bis zur Jetztzeit nicht immer, weit vorausschauend, seine Hafenanlagen und seinen Weserstrom ausgebaut, es hätte der wachsenden Konkurrenz seiner Nachbarhäfen zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft nicht standhalten können. Ohne neuzeitliche Hafenanlagen und Strombauten, um nur ein Beispiel herauszugreifen, wäre der Aufschwung seines Fahrgastverkehrs in Bremerhaven von dem Nichts nach dem Kriege zu fast 140 000 Passagieren im letzten Jahr nicht möglich gewesen.

Gescheiterte Tarifverhandlungen im Bankgewerbe

Die heute in Berlin stattgefundenen Verhandlungen um den Neuabschluß des Reichstarifvertrages für das Bankgewerbe scheiterten, wie uns die Reichsfachgruppe Banken des DHV. mitteilt. Abgesehen von dem Streit um die Auslegung der Notverordnung in bezug auf die Sonderzahlung widersprachen die Vertreter der Bankenverbände der Auffassung der Angestelltenverbände, daß die Parteien das Recht hätten, in freier Vereinbarung eine von der Notverordnung abweichende sozialere Regelung zu treffen.

Bücherschau

Deutscher Volkskalender 1932. für das erwachende Deutschland.

Im Verlage **Hans Wegelin-Leipzig** erschien soeben ein neuer Kalender — in seiner Eigenart nicht der großen Zahl der vorhandenen zuzuzählen, sondern ein täglicher Begleiter in schwerer Zeit, ein Mahner deutscher Taten, ein Künder und Wegbereiter für das neue kommende deutsche Reich! Das will und soll er nach dem Wunsche des Herausgebers und Verlages sein. Er enthält auf 80 Druckseiten eine Fülle belehrender politischer Abhandlungen und guter Erzählungen bei bester Ausstattung, mit vielen Illustrationen: eine neue Originalaufnahme Adolf Hitlers, des Führers der deutschen Freiheitsbewegung, Ehrentafel der Blutopfer des Jahres 1931 für die Freiheit unseres Volkes, Beiträge von namhaften Führern der nationalen Opposition, sowie von Prof. Dr. R. Suchenwirth-Wien, Rolf Klinge-Leipzig, Heinz Schauwecker, Walter Flex, Hermann Löns u. a., ein ausführliches Kalendarium, Posttarife, Maße und Gewichte usw. nebst vielen humoristischen und politisch-satirischen Beiträgen.

Der Kalender wird sich bei seiner mustergültigen Ausstattung und seinem literarisch hervorragenden Inhalt viele Freunde erwerben, zumal der Preis nur 80 Rpf. beträgt. Wir können jedem Gesinnungsfreund die Anschaffung empfehlen. Dieser deutsche Jahrweiser sollte in keiner deutschen Familie fehlen.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 17. Dezember 1931

6,30 Zeitangabe. 6,45 Wetterbericht. 6,50 Morgenmusik. 7 Wiederholung der Abendmeldungen. 7,05 Eisbericht. 7,50 Wetterdienst. Der Schularzt. 9 Aus dem Leben in Staat und Wirtschaft. 11 Konzert. 12,10 Wetterdienst. 12,20 Börsenfunk. 12,55 Nauener Zeitzeichen. 13,15 Wetterdienst. 13,20 Funkwerbung. 14 Eisbericht. 15 Wetterdienst. 15,05 Börsenfunk. 15,35 Schiffahrtsfunk. 16,30 Deutsche Jugendstunde. 17 Die Wunder der Edda. 17,25 Vernichtete Kunstwerke. 17,50 Das Bunte Programm. 18,30 Arbeitsmarktlage und Berufswahl. 18,55 Zähne und Kiefer als Rückgrat des Gesichts. 19,20 Frankfurter Abenddrote. 19,25 Wetterdienst. 19,30 „Die Verbannte auf Schloß Celle". 20,30 Europäischer Abend. 22 Nachrichtendienst. 22,20 Aktueller Dienst. 22,30 Konzert. 23,20 Eisbericht.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Sichart; für den Anzeigenteil: C. A. Gildner, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. — Rotationsdruck Karl Bockelmann, Bremen.

Stadttheater

Zur Aufführung von Lessings „Minna von Barnhelm" im Stadttheater.

Mit seiner „Minna von Barnhelm" war Lessing, vielleicht ohne daß es ihm selbst voll und ganz zum Bewußtsein kam, der große Wurf gelungen: **Er hatte dem deutschen Volke sein Nationaldrama gegeben.** Es hieße, dies Werk viel zu gering einschätzen, wollte man es lediglich als Lustspiel im landläufigen Sinne bezeichnen. „Minna von Barnhelm" ist ein Schauspiel, in der Humor und Ernst sich die Waage halten, und die Gestalt Tellheims ist sicherlich nichts weniger als eine Lustspielfigur. **Vielmehr ist er der Repräsentant der Eigenschaften, welche die Grundzüge deutschen Wesens sind:** Deutscher Ernst und deutsche Gemütstiefe, deutsche Ritterlichkeit und Redlichkeit und nicht zuletzt die deutsche Treue und Selbstlosigkeit, die sein Tun und Handeln kennzeichnen. Ueber die Heldin des Stückes selbst schreibt Otto Ernst in seiner feinsinnigen Abhandlung „Lessing, der Dichter" hinsichtlich der Gestalten des Dramas „lieben wir diese Menschen? Was mich betrifft, ich liebe sie alle, ich liebe sogar diesen komisch unverschämten Wirt und diesen armseligen Aufschneider Riccaut. Aber ich liebe über alles — seit meinen Knabenjahren mit unverbrüchlicher Treue dieses Fräulein von Barnhelm. Wenn ich mir unter den Frauengestalten des deutschen Dramas meine Lebensgefährtin hätte suchen sollen, dann — dann wäre ich nicht nur an den Thekla und Berthas, ich wäre sogar an den Gretchen und Klärchen vorüber und schnurstracks auf diese Minna zugegangen und hätte mit ebensoviel Sturm wie Ausdauer um sie geworben. „Sie", hätte ich gesagt, „Sie sind das, was ein Mann verehren muß und zugleich lieben kann. Sie haben von den Tugenden und von den Fehlern des Weibes die liebenswürdigsten, Sie können jauchzen wie ein Kind, daß einem die Tränen ins Auge schießen, und Sie können entschlossen handeln wie ein Mann. Sie sind zu klug und zu stolz, um Sklavin zu sein, zu vornehm und liebevoll, um herrschen zu wollen. Sie haben sich selbst am besten charakterisiert, als Sie riefen:

„Franziska, wenn alle Mädchen so sind, wie ich mich jetzt fühle, so sind wir — sonderbare Dinger. Zärtlich und stolz, tugendhaft und eitel, wollüstig und fromm — du wirst mich nicht verstehen. Ich verstehe mich wohl selbst nicht."

Das Stück, aus echt friederizianischem Geist herausgeboren, wird gerade um seiner Gestalten willen seinen unvergänglichen Geltungswert beibehalten, und es wäre nur zu wünschen, daß es im deutschen Volk recht viele Tellheims, Justs und Werners, Minnas und Franziskas gäbe. Der Einwurf, daß wir zeitlich zu weit von der Handlung und Sprache im Stück entfernt sind, dürfte wohl durch die Feststellung entkräftet werden, daß wir Deutsche uns in unserem Wesen wenig geändert haben gegen unsere Vorfahren. Dafür sind die Schicksale, die das deutsche Volk in den letzten Zeiten zu erleiden hat, der schlagendste Beweis — und von einigen Redensarten, die uns nicht mehr geläufig sind, hängt die Wirkung und der Gesamteindruck des Stückes nicht ab. „Minna von Barnhelm" wurde bei der ersten Aufführung in Berlin im Jahre 1768 von den Berlinern bejubelt, im Weltkrieg wurde das Stück von unseren Feldgrauen in den Fronttheatern mit Freude und Begeisterung aufgenommen, und auch heute noch wird es seine Wirkung nicht verhehlen, **so lange es deutsche Menschen, so lange es eine deutsche Jugend gibt.**

Die Aufführung am Montagabend stand unter einem glücklichen Stern, unter der tüchtigen Spielleitung Dr. Falks und — was das Schönste und Erhebendste war — im Zeichen des Genius Lessings. Die Jugend war freudig dem Rufe des Stadttheaters gefolgt, und ich glaube, daß die Aufführung für viele zum Erlebnis wurde und eine bleibende, schöne Erinnerung auslösen wird, in viel höherem Maße, als dies die tiefgründigste Klassenlektüre vermag. Wir wissen selbst zu gut, wie oft uns — leider — unsere großen Dichter durch verfrühte und unvollkommene Ausdeutungsversuche vermiest wurde. Wenn aber die erdichteten Gestalten eines Dramas wie der „Minna von Barnhelm", von den darstellenden Künstlern mit solch pulsierendem Leben erfüllt, auf der Bühne des Theaters in Erscheinung treten, dann wird die Dichtung zur Wirklichkeit, und man bewundert ehrfürchtig die dichterische Schau, die solche Gestalten schaffen und mit ihnen den Geist einer bedeutsamen Zeitepoche zu neuem Leben heraufbeschwören konnte. Die räumliche Verquickung von Minnas Zimmer und der Wirtsstube wirkt ungünstig und störend, eine Wand in der Mitte der Bühne könnte einige Abhilfe schaffen! Es wäre ungerecht, der einen oder anderen Darstellung vor den übrigen den Vorzug zu geben, denn alle Mitwirkenden haben sich mit Liebe und feinem Verständnis in ihre Rollen hineingelebt und durch ein flottes Zusammenspiel packende Wirkungen erzielt. Frl. Fiebigs Minna, Frl. Safars Franziska, der Tellheim des Herrn Wenke, der Wachtmeister des Herrn Gerlach, der Just des Herrn Litsch, der Wirt des Herrn Parge — vielleicht ein wenig überspielt — der französische Glücksritter Herrn Grünzigs, die Dame in Trauer des Frl. Rilz und der Graf von Bruchsall Herrn Orlemanns — sie verdienen alle dieselbe Anerkennung und Dank; haben sie es doch fertig gebracht, vielen Hörern Lessing, dem Dichter und herrliche Menschen, näherzubringen. So war auch der Beifall freudig und groß.

Will Eilers.

Die deutsche Frau

Die deutsche Frau und der Nationalsozialismus

„Du bist die Mutter deines Hauses und deines Volkes. Wenn die Mutter stark und treu ist, dann geht ihre Kraft in alle über, die zum Hause gehören. Sie kann die Sonne sein in den Tagen tiefster Not. Sie darf nicht an sich denken, sondern nur daran, wie sie den Ihren Kraft gibt."

„Eine Frau, die Selbstachtung besitzt, kann eine gesetzliche Ehe nicht eingehen", glaubt Anita Augspurg der deutschen Frau sagen zu dürfen. Welch ein Unterschied in diesen Aussprüchen! Die beiden Frauentypen, die heute in Deutschland leben, prägen sich in ihnen aus. Ich schreibe in Deutschland leben, nicht deutsche Frauen; denn die Vertreterinnen des letzteren Ausspruches sind keine deutschen Frauen, mögen sie auch zufällig in Deutschland geboren sein — weil diese Anschauung

den Gefühlen eines jeden Deutschen ins Gesicht schlägt.

Aber diese Vertreterinnen haben sich heute in Deutschland breit gemacht. Zusammengeschlossen haben sie sich vor allem in der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit". Wehrt euch dagegen, wahrhaft deutsche Frauen! Bis jetzt war die deutsche Frau ein Begriff, von dem man auch im Ausland mit Achtung und Ehrerbietung sprach! Sie war

die Verkörperin der Reinheit, die Hüterin der Sitte,

die treue, verständnisvolle Gefährtin des Mannes, die liebevoll sorgende Mutter ihrer Kinder. Dieses schon von unseren Vorfahren übernommene Ideal wollen wir bewahren und fortführen.

Aber die berufstätige Frau, kann auch sie sich dem Nationalsozialismus zuwenden? Von unseren Gegnern wird ihr immer wieder gesagt, der Nationalsozialismus wolle die Frau „aus dem Berufsleben verdrängen". Dies entspricht nicht den Tatsachen. Schon zahlenmäßig ist es ja **nicht möglich, daß jede** Frau in die Ehe treten kann.

Die Frau soll nicht die Berufe ergreifen, die Ansprüche stellen, welche der Wesensart der Frau entgegengesetzt sind. **Die Berufe** des Soldaten, des Richters und des Staatsmannes sollen dem Manne vorbehalten sein. Aber außer der Arbeit im Haushalt, die wieder viel mehr zu Ehren kommen wird, steht ihr noch ein weites Betätigungsfeld offen. Vor allem auf dem Gebiete der Erziehung kann sie ihre volle Kraft entfalten, die Erziehung der Mädchen soll im nationalsozialistischen Staate ausschließlich in die Hand weiblicher Lehrkräfte gelegt werden. Sie werden genau so wie die männlichen Lehrkräfte ihre Ausbildung an der Hochschule erhalten. Außerdem ist die Krankenpflege und soziale Fürsorge

ureigenes Gebiet der Frau.

Auch Aerztin, besonders Frauen- und Kinderärztin, kann die Frau werden, die sich dazu berufen fühlt. So gibt es noch eine ganze Anzahl von Berufen, die der besonderen Eigenart der Frau nicht schaden und daher von ihr ergriffen werden können. Es ist nicht wahr, daß der Nationalsozialismus die Frau ausschließlich an den Kochtopf und den Strickstrumpf fesseln" will. Alfred Rosenberg schreibt in seinem Mythos des 20. Jahrhunderts: „Die Zeiten des Biedermeier und des verträumten Mädchendaseins sind natürlich endgültig vorüber. Die Frau gehört hinein in das Gesamtleben des Volkes, ihr haben alle Bildungsmöglichkeiten freizustehen, für ihre Ertüchtigung ist durch Rhythmik, Turnen und Sport die gleiche Sorgfalt aufzuwenden, wie für den Mann."

Der Sport der Frau soll aber der körperlichen Ertüchtigung dienen, nicht der Veranstaltung des Frauenkörpers, wie es bei den jetzigen Rekordsuchtleistungen oft der Fall ist. Der Nationalsozialismus verdrängt die Frau nicht, er gibt ihr erst wieder die ihr gebührende Stellung. Er weist ihr die hohe Aufgabe zu,

„Hüterin des Blutes"

zu sein. Sie soll die Sorge für die Reinhaltung der Rasse übernehmen. Auch sie soll Kämpferin sein, Kämpferin gegen die moralzersetzenden Bestrebungen der volksfremden **Kräfte**, die sich in unserem Vaterlande hervortun. Kämpferin für die Reinhaltung **des Idealbildes der deutschen Frau!** Ch.

Der Faschismus und die Frau

Die wenigstens wissen, was das faschistische Italien für die Frau geleistet hat. Man spricht von den russischen Neuerungen, aber nicht von denen in Italien. Und doch hat es ebensolche neue Anstalten errichtet, und zwar noch mehr als das kommunistische Rußland. Nur besteht der große Unterschied, daß sie hier nicht der Abtreibung dienen, sondern der Geburt gesunder Kinder, also der **Aufrichtung der Familie.**

Man weiß es in den roten und rosaroten Ländern zu verschweigen, daß dort mit dem Gesetz vom 10. Dezember 1927 die sogenannte „Opera nazionale zum Schutze der Mutterschaft und Kindheit" geschaffen wurde. Dieses staatliche Institut unterhält in jeder Gemeinde ein oder mehrere „Patronate", deren Mitglieder, Männer und Frauen, als öffentliche Beamte gelten. Sie haben die Fürsorge für schwangere Frauen und hilfsbedürftige Unmündige zu übernehmen, Arbeitsbefreiung für schwangere Arbeiterinnen auf je einen Monat vor und nach der Geburt zu erwirken und die finanzielle Unterstützung während dieser Zeit zu tragen. Sie gewähren Erziehungsbeihilfen und Prämien organisieren unentgeltliche Speisungen für bedürftige Mütter und Milchspenden für deren Kinder. Ihnen unterliegt auch die Errichtung von Unterkunftshäusern für Frauen in den Industriestädten.

Dank dieser Politik übersteigt die Zahl der Geburten die Todesfälle in jedem Jahr um 450 000. Und jedes Jahr sieht damit wieder ebensoviele, vielmehr noch mehr, **glückliche Mütter.**

Gewiß, auch in Italien stehen noch viele Frauen im wirtschaftlichen Kampfe, auch dort müssen Frauen nach Stellungen suchen. Aber es kommt darauf an, daß der Staat sich dabei um **Abhilfe** müht, daß er hier seine Aufgabe erkennt und danach handelt und alles daran setzt, um der Frau zu ihrer eigentlichen Bestimmung zu verhelfen und damit zu ihrem Glücke.

Eine französische Journalistin, Helene Gosset, wurde in Rom von Mussolini empfangen. Auf ihre Frage: „Welches ist der wahre Platz der Frau in der modernen Gesellschaft? antwortete der Duce: „Ich gebe zu, es sind viele Frauen unter dem Druck **der gegenwärtigen** Wirtschaftsverhältnisse gezwungen, Arbeit außerhalb des Hauses zu suchen. Aber ihre wahrste Aufgabe ist vor allem, Gattin und Mutter zu sein. **Der wahre Platz der Frau, auch in der sogenannten „modernen" Gesellschaft, ist nach wie vor — zu Hause."**

Wir Mädels glauben an Hitler

Sitzen da vor einigen Wochen zwei wohlbeamtete Studienräte zusammen, wohlgenährt, satt und zufrieden und sind ganz erregt; denn sie haben etwas „Schreckliches" erfahren. **Nun versuchen diese „Nazis" sogar die deutschen Schülerinnen für sich zu gewinnen,** ja noch mehr, für sich einzufangen. Steht da nun schon seit einiger Zeit in der BZ. „Es sei die heilige Pflicht jedes deutschen Mädels in dieser bitterernsten Zeit Mitkämpferin für die Idee Adolf Hitlers zu werden, und — um wirklich helfen und fördern zu können, in die Gemeinschaft der deutscher Schülerinnen einzutreten." — „Unerhört", flötet der rundliche kleine Herr in höchster Erregung: „Hinter ihre Bücher sollten sie sich stecken, fertig werden, Geld verdienen, Nase aus der Politik halten, usw.!"

Gemach, gemach, mein Herr! Nur nicht zu schnell. Was die Schulbücher anbelangt, wird jedes Mädel selbst seine Pflicht kennen und sie tun, aber hinsichtlich des Geldverdienens und der Politik sind Sie auf dem Holzweg. Glauben Sie, sehr geehrter Herr Studienrat, daß wir deutschen Mädels zur Schule gehen um Geld zu verdienen? — Sie scheinen es so gemacht zu haben — wir sagen Ihnen aber: **Wir gehen in die Schule um den nötigen Untergrund für einen späteren Beruf zu haben. Den Beruf wollen wir aber nicht um Geld zu verdienen, sondern um als anständiger Mensch in der Gemeinschaft für die Gemeinschaft schaffen zu können.**

Und was wir jetzt lernen, wollen wir dereinst einmal für unsere Kinder und Mitmenschen verwerten können, und nicht, daß es uns herrlich gut geht. — Nun die Politik mein Herr! Ja, das ist ein schweres Kapitel und Sie werden sicherlich auch noch nicht dahinter gekommen sein, daß Deutschland am meisten darunter zu leiden hatte, **daß jeder stumpf und egoistisch dahinlebte und Politik Politik sein ließ.** Jetzt sehen Sie ja wie weit wir damit gekommen sind.

Wir deutschen Mädels aber sagen Ihnen, **wir glauben, daß der Weg Adolf Hitlers richtig ist und weil wir das glauben, stellen wir uns auf die Seite der Männer, die für ihr Vaterland kämpfen, die man deshalb mißhandelt, verlacht und im Elend verkommen läßt.**

Wir wissen, daß Sie für uns mitkämpfen und glauben Sie nur, daß es da heilige Pflicht jeder deutschen Frau ist, für diese Männer zu sorgen, ihnen zu helfen — um ihnen ihren harten Weg etwas zu erleichtern.

Das ist unsere Politik, Herr Studienrat, und in die stecken wir doch unsere Nase herein, Ihnen und allen Gewalten zum Trotz! Und nun regen Sie sich nur schnell ab und werden Sie vernünftig, **ehe es zu spät ist!**

Ihre Schülerinnen kennen ihre Pflicht für die Schule — unbesorgt — aber das Hochziel jeder deutschen Schülerin ist ihre Pflicht zu tun für ihr Vaterland und für die Männer die es verteidigen. L. P.

Zur dringenden Beachtung!

Die Hilfskasse ist, wie in Ziffer 1 ihrer Richtlinien ausgeführt, **keine Versicherung!**

1. Die Hilfskasse ist die Verwundeten-Hilfe der nationalsozialistischen Bewegung, ihre Zahlungen an die Verletzten sind keine Versicherungsbeträge, sondern **freiwillige Unterstützungen,** die alle Parteimitglieder auf Anordnung Adolf Hitlers durch ihren monatlichen Beitrag von 30 Rpf. ermöglichen helfen.

2. **Die Bezeichnung „SA.-Versicherung" ist als gänzlich unzutreffend nicht mehr anzuwenden.** Sie ist auch deshalb falsch, weil **alle** Parteimitglieder (nicht nur die SA.- und SS.-Männer!) den Beitrag zur Hilfskasse zu zahlen haben und weil **alle** Parteimitglieder, die diesen Beitrag zahlen und der Hilfskasse ordnungsgemäß gemeldet sind, bei den unter Ziffer 2 der Hilfskassen-Richtlinien genannten Schadenfällen Unterstützung erhalten.

3. **Unfall-Versicherungen** werden ausschließlich des **Selbstschutzes** halber abgeschlossen, die Versicherungs-Prämien ebenfalls nur aus diesem Grund bezahlt.

Ganz im Gegensatz hierzu bezahlt der Nationalsozialist seine Hilfskassen-Beiträge nicht des Eigennutzes halber, sondern weil der Nationalsozialist seinen verletzten und verwundeten Kameraden zu helfen verpflichtet ist!

München, 18. November 1931.

gez.: Bormann.

Torpedo 15 — RM. 198.—
die neue Kleinschreibmaschine
G. A. Dörrbecker - Sögestraße 36-38

Kauft rechtzeitig!

Der Reichstag hatte im Jahre 1929 ein Gesetz beschlossen, wonach die offenen Verkaufsstellen am 24. Dezember um 5 Uhr nachmittags schließen müssen. Lebens- und Genußmittel- sowie Blumengeschäfte dürfen bis 6 Uhr offen bleiben.

Damit ist Geschäftsinhabern und Angestellten die Möglichkeit gegeben, den Heiligabend im Familienkreise zu verleben. Deshalb beherzigt die Mahnung: **Kauft alle rechtzeitig!**

Organisation der Frauenschaft

Anordnung

Durch das außerordentliche Wachstum der Partei in den letzten Jahren sind die Aufgaben der Partei im gleichen Maße sowohl der Zahl wie der Bedeutung nach gestiegen.

In Anbetracht der großen Wichtigkeit, die die Frau im Leben der Nation einnimmt, kann die Partei an einer großzügigen, durchgreifenden Neuregelung der Frauenarbeit nicht vorbeigehen, und zwar muß diese Frauenarbeit im Rahmen der Gesamtpartei von allen Frauen der Bewegung übernommen und geleistet werden.

Die bisher bestehenden Frauenorganisationen, die immer nur einen Teil der nationalsozialistischen Frauen umfassen konnten, können beim besten Willen diese Aufgaben nicht lösen, da sie den ihnen durch materielle und persönliche Rücksichten gesteckten Rahmen überschreiten. Aus diesem Grunde habe ich im Auftrage des Parteiführers in erster Linie mit der Führerin der ältesten und über das ganze Reich verbreiteten Frauenorganisation des Deutschen Frauenordens, Pg. Fräulein Elsbeth Zander Verhandlungen gepflogen, die zu nachstehendem Resultat geführt haben:

Der Frauenorden anerkennt die **Notwendigkeit einer die gesamten nationalsozialistischen Frauen umfassenden Neuregelung** und ist bereit, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Problems nach Jahren erfolgreicher Organisationstätigkeit den Frauenorden mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 aufzulösen und **in der neuen nationalsozialistischen Frauenorganisation aufgehen zu lassen.**

Die Neuregelung sieht folgendes vor:

Die nationalsozialistischen Frauen bilden automatisch innerhalb einer Ortsgruppe die nationalsozialistische Frauenschaft. Diese bildet die Zusammenfassung der Frauen der Ortsgruppe ohne eigene Organisation und ohne Beitragsrecht. Die Frauen zahlen wie bisher den Mitgliedsbeitrag und sind als Mitglied einer Ortsgruppe der Partei ohne weiteres auch Mitglied der nationalsozialistischen Frauenschaft der betreffenden Ortsgruppe. Diese Frauenschaften unterstehen an sich dem Ortsgruppenführer, der eine Parteigenossin als Sachbearbeiterin für Frauenfragen bei der Ortsgruppe mit der Durchführung bestimmter Arbeitsaufgaben für die Frauenschaft beauftragen kann. Die geistige Leitungsarbeit für die nationalsozialist. Frauen wird durch die Aufstellung eines Sachbearbeiterinnenstabes von der Reichsleitung über den Gau bis zur Ortsgruppe durchgeführt.

Die Organisation der gesamten Frauenarbeit soll so geregelt werden, daß sie von den Sacharbeiterinnen für Frauenfragen bei der Reichsleitung ausgeht und in dreifacher Weise eingeteilt wird:

1. Geistig-kulturelle Erziehung,
2. nationalwirtschaftliche, hausfrauliche Erziehung,
3. karitative Arbeit.

Die Führerin des Deutschen Frauenordens, Fräulein Elsbeth Zander, wurde mit Wirkung vom 1. Oktober als Sachbearbeiterin für Frauenfragen bei der Reichsleitung eingeteilt. Sinngemäß hören also mit dem ersten Oktobertage die Ortsgruppen des Frauenordens wie der sogenannten Frauenarbeitsgemeinschaften auf zu bestehen, die Mitglieder beider Organisationen wie die bisher abseits stehenden nationalsozialistischen Frauen bilden die Frauenschaft.

Mit Rücksicht auf die jahrelang erfolgreiche Arbeit des Frauenordens und als Anerkennung für die bei der Neuregelung bewiesene Großzügigkeit hat der Parteiführer bestimmt, daß aus traditionellen Gründen die Frauenschaften folgende Bezeichnung führen:

Nationalsozialistische Frauenschaft (Deutscher Frauenorden).

Bis zum 1. Oktober arbeiten die bestehenden Organisationen weiter wie bisher und sind verantwortlich, daß am 1. Oktober die Liquidation organisatorischer Art und der materiellen Verpflichtungen so geregelt sind, daß die Neuorganisation reibungslos in Kraft tritt.

Nähere Ausführungsbestimmungen hierzu erläßt der Reichsschatzmeister.

Straßer.

